

# STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen  
zu einem multinationalen  
Chemiekonzern

CBG retten!  
S. 3

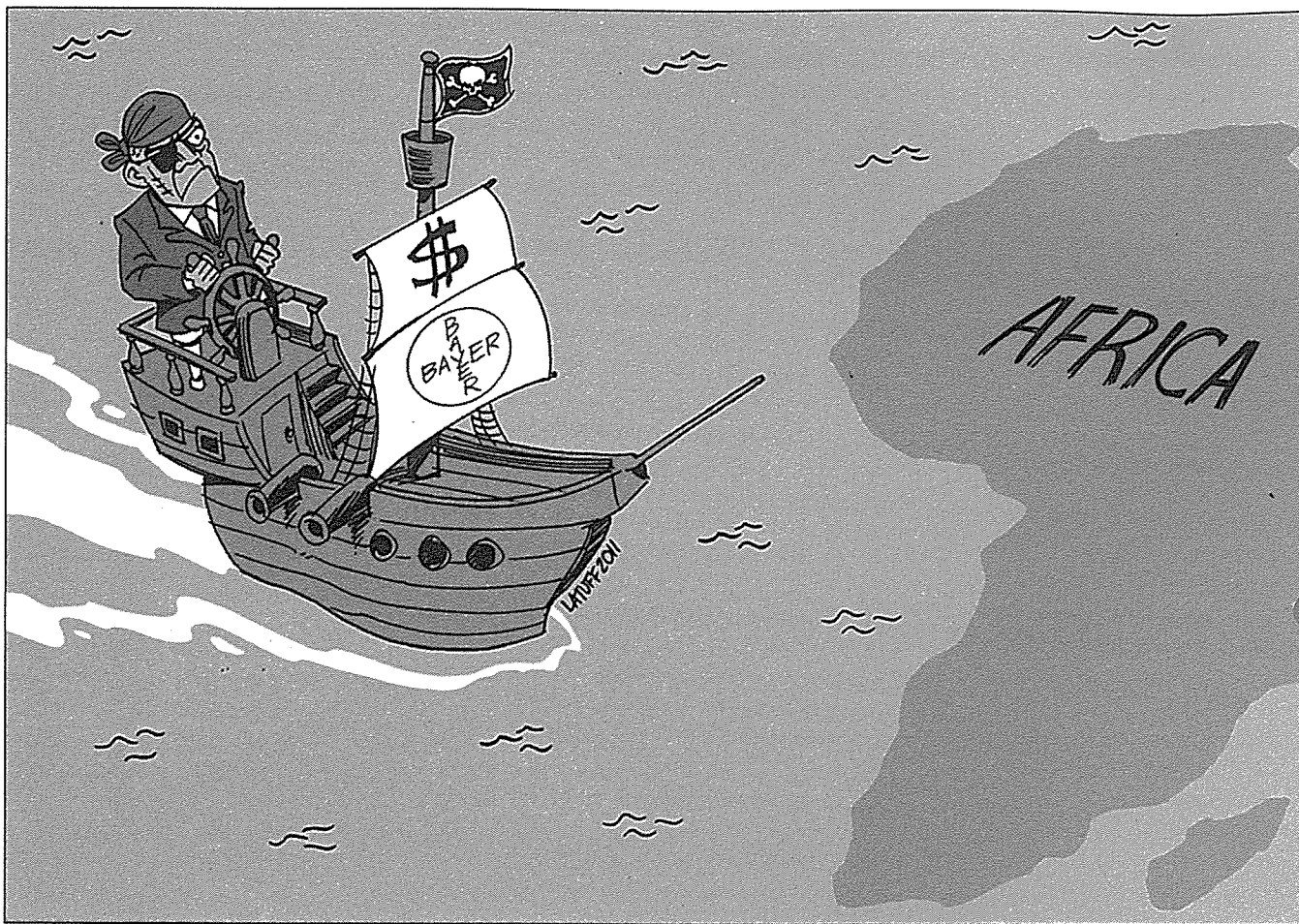
## TITEL:

EU-Freihandelspolitik

## BAYER dankt Brüssel

## WEITERE THEMEN:

- Rationalisierung à la BAYER
- Biopirat BAYER
- DUOGYNON-Opfer vs BAYER



Karikatur: Carlos Latuff

Inhalt

- 4 „Das ist eine Riesen-Schweinerei!“**  
BAYERs Stellenstreich-Orgie
- 8 Kein Bhopal-Gas mehr aus Institute**  
BAYER beugt sich dem Druck
- 12 Blutpräparate vor Gericht**  
Opfer erstreiten Entschädigung
- 14 Biopirat BAYER**  
Expeditionen ins Profit-Reich
- 18 Die verschwundenen Kinder**  
Militärjunta, Zwangsadoptionen & BAYER-Manager

- 20 DUOGYNON vor Gericht**  
Keine Aktieneinsicht für Opfer
- 24 Brüssel macht den Weg frei**  
BAYER profitiert von EU-Handelspolitik

Rubriken

- 3 Editorial**
- 5 Echo**
- 7 O-Ton BAYER**
- 9 Impressum**
- 28 Promis gegen Profit, CBG bei der Arbeit**
- 30 Au weia, BAYER!**



Jan Pehrke ist Redakteur von Stichwort BAYER

## Liebe Leserinnen und Leser,

zum ersten Mal muss die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) an dieser Stelle in eigener Sache sprechen. Die Umstände verlangen es, denn die Lage ist ernst: Die Existenz der Coordination steht auf dem Spiel. Sozialabbau und Wirtschaftskrise haben die Spenden-Einnahmen stark sinken lassen. Da die CBG keine Gelder aus staatlichen oder kirchlichen Quellen erhält - das ist der Preis für ihre konsequent konzern-kritische Ausrichtung - schrumpfte der Etat deshalb auf die Höhe der Budgets von Mitte der 1990er Jahre. Wegen des allgemeinen Kostenanstiegs bedeutet das einen starken Einschnitt. Darum waren wir bereits gezwungen, schmerzliche Maßnahmen einzuleiten. So haben wir beschlossen, das Büro aufzulösen und das Archiv zu schließen, das gerade auch für die journalistische Arbeit von *Stichwort BAYER* immer einen unermesslichen Schatz darstellte.

Aber das reicht nicht, um den Fortbestand unseres Netzwerkes dauerhaft zu sichern. Zur Weiterführung unserer Arbeit sind wir

in den kommenden Monaten auf massive Unterstützung angewiesen. Darum möchte ich an Sie appellieren, der CBG zu helfen. Dafür gibt es viele Wege. Sie können uns einmalig einen Betrag spenden oder uns kontinuierlich fördern, indem Sie GarantIn werden. Auch eine CBG-Mitgliedschaft oder ein *Stichwort-BAYER*-Abonnement stärkt uns den Rücken.

Eine bekannte Künstlerin hat unsere Signale schon erhört: Nina Hagen. Die Sängerin wurde durch eine Kampagne, mit der wir Geschädigten des Schwangerschaftstests DUOGYNON zu ihrem Recht verhelfen wollen, auf die CBG aufmerksam. Als sie von unseren Schwierigkeiten erfuhr, erklärte sie sich spontan bereit, eine GarantInnenschaft zu übernehmen. „Es ist mir ein Herzensanliegen, die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN zu unterstützen“, verkündete sie und stellte sich sogar als CBG-Werbeikone zur Verfügung (siehe Seite 36).

Auch andere Reaktionen ermutigen uns. „Ihr macht eine solch immens wichtige,

gute und mutige Arbeit!! Das darf nicht an Geldmangel scheitern“, schrieb eine Anhängerin und überwies eine Spende. Andere erhöhen freiwillig ihren Mitgliedsbeitrag. Das gibt uns Hoffnung, die Situation zu meistern. In der 33-jährigen Geschichte der Coordination traten immer wieder finanzielle Probleme auf, und bisher gelang es uns immer, sie zu bewältigen. Diesmal aber steht es besonders schlimm. Darum möchte ich Sie eindringlich bitten, uns Beistand zu leisten und die dem Heft beiliegende Rückantwort für eine Notspende, GarantInnen- oder Fördermitgliedschaftserklärung zu nutzen. Denn eine Initiative mit solch einer Erfahrung, Verbindungen weit über Europa hinaus und so vielen Erfolgen wie die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN darf nicht einfach sterben.

Jan Pehrke

4.500 Jobs weg

# „Das ist eine Riesen-Schweinerei!“



BAYER-Chef Dekkers und Finanz-Vorstand Werner Baumann präsentieren die Geschäftszahlen

Foto: BAYER

*Gleich zu seinem Amtsantritt verordnete der neue Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers BAYER eine Radikalkur: Er kündigte im November 2010 die Vernichtung von 4.500 Arbeitsplätzen an (SWB 1/11). Informationen über die ersten konkreten Eingriffe wie Werksschließungen folgten dann zwei Monate später. Die Belegschaft reagiert erbost auf die „Operation gelungen - Patient tot“-Behandlungsstrategie von Dr. Dekkers.*

Von Jan Pehrke

„Für uns war 2010 insgesamt ein gutes Jahr“, konstatierte BAYER-Chef Marijn Dekkers auf der Bilanz-Presskonferenz des Konzerns am 28. Februar 2011. Mit Stolz vermeldete er den höchsten Umsatz in der ganzen bisherigen Geschichte des Leverkusener Multis: 35 Milliarden Euro.

Die weiteren Aussichten stimmten ihn ebenfalls hoffnungsfroh. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet der Holländer erneut mit Zuwachs, „und dank unserer starken Produkt-Pipeline sind wir auch für die weitere Zukunft optimistisch“. Aber warum annoncierte der Vorstands-

vorsitzende im Herbst 2010 dann die Vernichtung von 4.500 Arbeitsplätzen? Die Antwort darauf fiel einigermaßen verquast und technokratisch aus. Von „Herausforderungen“ sprach Dekkers, die es nötig machten, konsequenter in das Wachstum und die Innovationskraft des

Unternehmens zu investieren. Und an anderer Stelle zu deinvestieren: „Wie im November 2010 kommuniziert, werden wir die erforderlichen finanziellen Mittel durch eine gezielte Umschichtung von Ressourcen freimachen. Unterstützt wird dies durch Effizienz- und Sparmaßnahmen. Hier gilt: Mehr Innovation und weniger Administration“.

Von Innovationen haben auch seine Vorgänger viel geredet, weil die Börsen das gerne hören, aber sie sind nie auf die Idee gekommen, Gelder für „Forschung & Entwicklung“ bei den Arbeitskosten abzuziehen und die beiden Bereiche miteinander zu verrechnen. Umso hanebüchener er-

### Ein BAYER-Beschäftigter stöhnt: „Wir sind doch schon kleingeschrumpft worden“

scheint diese Begründung, als sich der Forschungsetat gegenüber 2010 gar nicht erhöht und der Rekord-Umsatz Dekkers wahrlich noch andere Finanzierungsmöglichkeiten geboten hätte.

Sich der Fadenscheinigkeit seiner Argumentation bewusst, greift der BAYER-Boss deshalb zur Sicherheit noch auf andere Rechtfertigungen zurück. Auf einer Veranstaltung im Dezember 2010 nannte er schwindende Gewinn-Erwartungen im Pharma-Bereich durch Gesundheitsreformen und die wachsende Konkurrenz, die der Produkt-Palette durch preiswerte Nachahmer-Präparate erwächst, als Gründe für die Schock-Therapie.

Aber plausibler ist auch diese Erklärung nicht. So hält die *Financial Times Deutschland* die von Dekkers genannten Motive für vorgeschoben und weiß besser, warum Pillen-Produzenten wie BAYER, ROCHE & Co. in letzter Zeit Sparprogramme bekannt gaben: „Die Arznei-Konzerne versuchen so, ihre - enorm hohen - Margen zu halten“.

Zu allem Übel hielt es der neue Ober-BAYER nicht einmal für nötig, den Aufsichtsrat - und also die Beschäftigten-VertreterInnen - vorab über seine Rationalisierungspläne zu informieren, wie es seine Vorgänger stets getan hatten. Erst nach einigen Einflüsterungen ging er einen Schritt auf die Gewerkschaft zu. Er raffte sich zu einer gemeinsamen Erklärung mit dem Gesamtbetriebsrat auf, deren Wert sich allerdings in Grenzen hält. „Inhaltlich ist die Mitteilung im Wesentlichen als Kotau vor der Belegschaft zu verstehen, am Umfang des Spar-

pakets ändert sich dagegen nichts“, resümiert die *Börsen-Zeitung*.

Nur zu kleinen Zugeständnissen erklärte sich der Pharma-Riese bereit. Vor den Treffen mit den BetriebsrätInnen hieß es plötzlich, die genannten Zahlen von 4.500 Stellen-Streichungen wären nur die Verhandlungsgrundlage. Auch eine Bereitschaft zur Fortschreibung der „Standortsicherungsvereinbarung“ signalisierte die Chef-Etage. Der Vorstand will die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), die bisher immer als williger Co-Manager operiert hatte, augenscheinlich nicht desavouieren und am Ende der Gespräche ganz mit leeren Händen dastehen lassen. Einen ersten Zwischenstand vermeldeten Vorstand und BelegschaftsvertreterInnen im Februar 2011. Wie zu erwarten, konnten die GewerkschaftlerInnen an dem Ausmaß der Stellen-Reduzierungen nichts ändern. Es bleibt bei 1.700 Arbeitsplatzvernichtungen an den bundesdeutschen Standorten - 700 im Pharma-Bereich, 300 in der Agro-Sparte und 700 in den Verwaltungen. Lediglich bei der Ausgestaltung der Streichungen durfte die IG BCE mitreden. So sieht die präsentierte Gesamtbetriebsratsvereinbarung zur „sozialverträglichen Personalanpassung 2011 und 2012“ großzügig bemessene Abfindungen vor und schließt betriebsbedingte Kündigungen aus. Zudem legt das Papier ein Investitionsvolumen für die hiesigen Werke in Höhe von jährlich 550 Millionen Euro fest. Das verkauft der BAYER-Gesamtbetriebsratschef Thomas de Win als „eindeutiges Bekenntnis zum Standort Deutschland“, obwohl der Chemie-Multi allein in den Ausbau seiner Shanghaier Niederlassung mit einer Milliarde Euro fast das Doppelte steckt.

Als erstes müssen sparten-übergreifend die LeiharbeiterInnen und Beschäftigten mit befristeten Verträgen gehen. Innerhalb der einzelnen Abteilungen trifft es die SCHERING-Crew am härtesten. Sie schrumpft um 500 Personen und hat damit die Hauptlast des Job-Abbaus in der Gesundheitssparte zu tragen, obwohl BAYER bei der Übernahme des Berliner Konzerns im Jahr 2006 schon 1.000 Arbeitsplätze abwickelte. Überdies hat der „Mann mit der Brechstange“, wie die Zeitschrift *Capital* Marijn Dekkers titulierte, der Belegschaft auch noch den Namen „SCHERING“ genommen und sie zu BayeranerInnen gemacht.

Einzelheiten über den Kahlschlag in den Verwaltungen enthielt die Gesamtbetriebsvereinbarung noch nicht. Dekkers'

### Echo

E. P. (USA): Ich bin sehr dankbar für die Informationen, die ich regelmäßig von Ihrer Organisation bekomme, egal wie depremierend oder empörend der Inhalt ist. BAYER ist wirklich einer der kriminellsten Konzerne der Welt und deshalb begrüße ich Ihre Arbeit.

D. R. (zum MIC-Produktionsstopp): Ich gratuliere. Ihre Hartnäckigkeit hat sich ausgezahlt. Danke!

S. M.: Herzlichen Glückwunsch für den Erfolg bei der Kampagne gegen die MIC-Produktion in Institute.

U. S.: Dank überhaupt für Ihre beharrliche Arbeit und die Ihrer Mitarbeiter!

G. R.: Hut ab vor der CBG!!! Sehr bemerkenswert, dass ihr gegen diesen Riesen angeht und all diese Machenschaften veröffentlicht.

M. T.: Ich möchte mich bei Ihnen für den Artikel „Keine Tupper-Party für MIRENA“ in der aktuellen Ausgabe von *Stichwort BAYER* bedanken. Ich bin im Hormonspirale-Forum aktiv und möchte diesen Artikel auch den LeserInnen dort zugänglich machen.

N. N.: Ich bin wirklich beeindruckt von Ihrer Arbeit und dankbar dafür.

N. N.: Hiermit bedanke ich mich im Namen unseres Politik-Leistungskurses für die Materialien! Wir konnten sie super in unsere Argumentation einbinden.

N. N. (Schülerin aus den USA): Danke für Ihre Hilfe bei meinem Projekt. Die Website war sehr hilfreich.

Drohung: „Mehr Innovation und weniger Administration“ dürfte jedoch vor allem die Computer-Sparte BAYER BUSINESS SERVICES (BBS) treffen. Der Vorstand lässt gerade von einer Unternehmensberatung prüfen, ob nicht auch externe Dienstleister einen Teil der Aufgaben





SCHERING-Protest 2007

erledigen könnten. Mindestens 400 Jobs ständen bei einer positiven Antwort, die BAYER zweifelsfrei erwartet, zur Disposition. Und das von der Gewerkschaft in weiser Voraussicht in Auftrag gegebene Alternativ-Gutachten wird es schwer haben, den Vorstand vom Gegenteil zu überzeugen.

Im Ausland, wo der Leverkusener Multi die restlichen 2.800 Jobs wegrationalisieren will, gibt es erst recht kein Pardon. Der US-Ableger von BAYER CROPSCIENCE entsorgt 300 Arbeitsplätze und schreckt dabei nicht einmal vor Werksschließungen zurück. So macht er die Pestizid-Anlage in Woodbine (Georgia) dicht. Auch am Standort Institute nimmt der Konzern Veränderungen vor. Dies hat aber weniger mit Dekkers' Spar-Programm als vielmehr

mit der umstrittenen Bhopal-Chemikalie MIC zu tun. Einen Produktionsstopp für diese Substanz hatten die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und Initiativen vor Ort immer wieder gefordert, und im Januar 2011 - über zwei Jahr nach einem großen Störfall mit Todesopfern - hatte das Unternehmen endlich ein Einsehen. BAYERs US-amerikanische Pillen-Sparte hat ebenfalls gravierende Einschnitte zu verkraften. So stehen bei MEDRAD, der Tochter-Firma für Medizinprodukte, 60 bis 70 Jobs zur Disposition. Zudem plant der Gen-Gigant an der Ostküste ein neues

**„Für uns war 2010 insgesamt ein gutes Jahr“, konstatierte BAYER-Chef Marijn Dekkers auf der Bilanz-Presskonferenz**

Pharma-Zentrum, was die Existenz der anderen sechs Standorte in der Region bedroht. Trotzdem gelang es dem Konzern, für die Schlankheitskur sogar noch Subventionen in Höhe von fast 40 Millionen Dollar abzugreifen. Ähnliches glückte zuvor schon in Berkeley an der Westküste (SWB 1/11).

Nur der Kunststoff-Bereich bleibt ein-

weilen von Eingriffen verschont. Dafür stellte ihn Dekkers Anfang März 2011 ganz zur Disposition. Nachdem er sich zuvor immer mehr oder weniger gewunden zu der Abteilung bekannt hatte, erklärte der BAYER-Chef in der *Financial Times Deutschland*: „Wenn aber für eine sehr große Akquisition ein bedeutender Geldbetrag aufgebracht werden muss, so wären wir bei dieser extremen Option bereit, eine Sparte zu veräußern“. Auch die Möglichkeit, sich vom Bereich „Tiergesundheit“ zu trennen, deutete der Manager bereits an.

Die Börsen feierten Dekkers' Maßnahmen-Paket, mit dem er den Schwerpunkt des Unternehmens mehr in die Wachstumsmärkte der Schwellenländer verlegen und dort sogar Arbeitsplätze aufbauen möchte. „BAYER-Aktie profitiert von weltweitem Stellenabbau“, vermeldete die *Westfälische Rundschau*. Die LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG fand das mit dem Vorhaben verbundene Einsparvolumen von 800 Millionen Euro „beeindruckend“ und lobte: „ein wichtiger Schritt für BAYER“. Wie auch INDEPENDENT RESEARCH und J.P. MORGAN setzte das Geldhaus das Kursziel für die Aktie flugs hoch.

*Konzern-Willkür beenden!*

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

## Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!

# Abonnieren Sie STICHWORT BAYER.

STICHWORT BAYER - viermal jährlich über Konzern-Widerstand und Problemanalysen. Spannend, informativ und faktenreich.

1978 - 2008

**30 Jahre CBG**

www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren

---

Die Abo-Gebühr soll  monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich abgebucht werden.

**Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Abo-Gebühr ausfüllen. Danke.**

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

**Ja, ich möchte Stichwort BAYER abonnieren für jährlich  Euro**

Personen mind. 30,00 Euro, Gruppen/Firmen/Institutionen etc. mind. 60,00 Euro, höhere Beträge sind erbeten).

**Coupon bitte zurücksenden an**  
 Coordination gegen BAYER-Gefahren  
 Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
 Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

**www.CBGnetwork.org**

seite sechs

http://www.CBGnetwork.org

Die Beschäftigten und die BürgerInnen an den Standorten hingegen reagierten empört. „Das ist eine Riesen-Schweinerei“, schimpft etwa ein Leverkusener, während ein BAYER-Beschäftigter stöhnt: „Wir sind doch schon kleingeschrumpft worden“ und sein Kollege ergänzt: „Ein weiterer Abbau geht einfach nicht“. Der Gesamt-

**Die Belegschaftsangehörigen machten ihrer Wut auch durch Protest-Aktionen Luft**

betriebsrat nannte den Vorstoß Dekkers' „panisch“, „kurzsichtig“ und „völlig überzogen“; die IG BCE bezeichnete ihn als „nicht nachvollziehbar, nicht transparent“. Sogar die eigenen Führungskräfte sind nicht „amused“ über das Vorgehen ihres Chefs. „Es gibt keinen Dialog, keine Vorlaufzeit, man bekommt das vor den Latz geknallt“, klagt ein Manager in der *Financial Times Deutschland*, und ein anderer bezweifelt den Sinn des Effizienz-Programms: „Das ist ohne Not gekommen“. Aber es blieb nicht bei Unmutsbekundigungen. Die Belegschaftsangehörigen machten ihrer Wut auch durch Protest-Aktionen Luft. Am BAYER-CROPSCIENCE-

Standort Höchst fanden sie sich zu einer Spontan-Demonstration zusammen. Und als Marijn Dekkers auf einer Betriebsversammlung auftrat und dort für die Radikalkur warb, hielten die Beschäftigten rote Karten hoch, um ihre Ablehnung kundzutun. Seine Versicherungen, die Rationalisierungen seien nicht dem Druck der Finanzmärkte geschuldet, sondern strukturellen Defiziten, quittierten sie mit Hohn und Spott. Selbst die IG BCE, die nach ersten starken Worten schnell wieder in ihre Routine verfiel, Zumutungen durch eine sozialverträgliche Ausgestaltung etwas verträglicher zu gestalten, ließ dem Konzern nicht alles durchgehen. So kündigte die Gewerkschaft den Tarifvertrag von BAYER BUSINESS SERVICES, in dem sie 2007 eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und einen Verzicht auf soziale Leistungen als Opfer zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit dargebracht hatte. Mit ihrer Absicht, trotz dieser Zugeständnisse massiv Arbeitsplätze bei BBS zu vernichten, habe der Vorstand der Vereinbarung die Geschäftsgrundlage entzogen, so die IG BCE zur Begründung. „Dass sich die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten - deutlich mehr als 80 Prozent - in einem hohen Maße mit BAY-

**O-Ton BAYER**



„Fundamentale Veränderung steht für mich nicht auf der Agenda“

BAYER-Chef Marijn Dekkers am 30. September 2010, zwei Monate bevor er die Vernichtung von 4.500 Arbeitsplätzen ankündigte.

ER verbunden fühlt und das Unternehmen insgesamt als attraktiven Arbeitgeber schätzt“, wie der Pillenhersteller laut Geschäftsbericht 2010 in einer Befragung herausgefunden haben will, dürfte ins Reich der Märchen gehören. Ein Konzern, der mit der COMMERZBANK und der DEUTSCHEN BÖRSE zu den einzigen drei DAX-Firmen zählt, die 2011 Arbeitsplätze abbauen und der auf der Weltrangliste der Jobkiller den 12. Platz einnimmt, hat die Loyalität seiner Belegschaft verspielt.

Die Linke: Zurück zum Kommunismus

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.**

**WIKILEAKS-ENTHÜLLUNGEN SCHOCKEN US-DIPLOMATIE**  
Berlin kommt am besten durch die Krise:  
Verschlag der Grünen:  
Hartz-IV-Empfänger als Hundekot-Kontrollierer

**Frühlingsgefühle am Arbeitsmarkt**

**Linke Gewalt Am Kiosk schwer im Kommen**

**Israel: Einzige Demokratie im Nahen Osten**  
**Afghanistan: Karsai legt sich mit dem Westen an**  
**Kein Geld für Krieg**  
Präsidenten sucht Dialog mit der Taliban

**Iran entwickelt Atomsprenkopf**  
Früher vor Sowjetunionen half hat

**Obama entschärft Atomdoktrin**  
US-Regierung ändert Militärstrategie: Nuklearer Angriff nur noch unter eingeschränkten Bedingungen

**Angriff auf Bundeswehr nahe Kundus. Bedingt gefechtsbereit**

**So wird bei Hartz IV abgezockt!**  
Beitragsskandal mit 165.000 Fällen

**Aussichtslose Verhandlung**  
Die von Al-Dubaiha angelegte gemachten Proteste über die Strategie der Palästinenser im Friedensgespräch abzumitteln, dass keine weitere feine Situation. Von Klaus Hebel/Zeitung

**Die Tageszeitung junge Welt**  
Gegründet 1947 - Dienstag, 3. Februar 2011 - Nr. 24 - 130 Euro PVSt A11002 - Entgelt bezahlt

**Ohne Nutzen**  
Gegen Flüßmaßnahmen gab es am Sonntag Proteste in 45 Orten.  
2 Interview mit Ingrid Bruner

**Ohne Verdacht**  
Hamburg Bankräuber von Ermittlungsbehörden und saarigen Staatsanwälten werden anlasslos abgerufen  
4

**Ohne Sicherheit**  
Nach schwerem Zugunfall kritisierten Fahrgastverband und Lokführergewerkschaft Verzögerungen der Bahn  
5

**Ohne Einsicht**  
Unternehmer weihen Forderung nach Gleichstellung von Leiharbeitern zurück. Von Daniel Betzelt  
9

**Westen stützt Diktator**  
Bahn AG schlägt »Runden Tische vor

USA, der EU und Israels fürchten freie Wahlen in Ägypten.

**www.jungewelt.de**

**Probeabo**

Bitte schicken Sie mir oder folgender Person die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

Ja, ich bin damit einverstanden, daß Sie mich zwecks einer Leserbefragung zur Qualität der Zeitung, der Zustellung und zur Fortführung des Abonnements telefonisch kontaktieren. (jW garantiert, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.)

Frau  Herr

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_ CBG \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 6,00 Euro pro Testabo (bzw. einer Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro).

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_ Die Belieferung soll ab Montag, den \_\_\_\_\_ beginnen.

**Ich ermächtige Sie hiermit, die Kostenbeteiligung von meinem Konto abzubuchen:**

Kontonummer \_\_\_\_\_

Geldinstitut \_\_\_\_\_ Bankleitzahl \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55-44  
www.jungewelt.de/abo/3wochenabo.php • Abotelefon: 0 30/53 63 55-50

CBG-Forderung erfüllt:

# Produktionsstopp für Bhopal-Gas



Anhörung zum Störfall. Links im Bild: Maya Nye von PCMIC

25 Jahre Kampagnenarbeit führten endlich zum Erfolg: BAYER kündigte Mitte Januar an, im US-Werk Institute die Herstellung des Bhopal-Gifts MIC einzustellen.

Von Philipp Mimkes

„Dies ist ein monumentaler Schritt in unserem 25-jährigen Kampf für mehr Sicherheit. MIC ist wirklich das Schlimmste vom Schlimmsten.“ So kommentiert Maya Nye, Sprecherin der Initiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC (PCMIC), die Ankündigung des BAYER-Konzerns, die Produktion der Chemikalie Methyl Isocyanat (MIC) in seinem Werk am Standort Institute nach einer Frist von anderthalb Jahren einzustellen. Zwei hochgefährliche Pestizide, Aldicarb und Carbaryl, zu deren Herstellung MIC verwendet wird, sollen zudem vom Markt genommen werden.

Die Fabrik im US-Bundesstaat West Virginia gehörte einst zur Firma UNION CARBIDE und galt als Zwillingen-Werk der Fabrik in Bhopal, wo 1984 ein MIC-Tank explodierte, was zum Tod von etwa 20.000 AnwohnerInnen führte. Über 100.000 Menschen leiden bis heute an den Vergiftungen.

## Solidarität

Nach der Katastrophe in Indien hatten sich die Augen der Öffentlichkeit auf die Pestizid-Fabrik in West Virginia gerichtet. Institute blieb der einzige Ort in den USA,

in dem bis heute große Mengen MIC produziert und gelagert werden – weit mehr, als in Bhopal damals austraten. Der deutsche BAYER-Konzern übernahm die Fabrik im Jahr 2001. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) kooperiert seitdem eng mit Umweltgruppen aus West Virginia, die eine Beendigung der MIC-Produktion in Institute fordern. Mehrfach hatte die CBG hierzu Gegenanträge zur BAYER-Hauptversammlung eingereicht. Maya Nye bedankt sich denn auch für die Hilfe aus Europa: „Ohne den öffentlichen Druck, den Ihr kontinuierlich auf BAYER





Nach der Explosion 2008

ausgeübt habt, wäre diese Entwicklung nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns aus tiefstem Herzen für Eure Solidarität!"

Zuletzt ereignete sich in der Anlage im August 2008 eine schwere Explosion, deren Erschütterungen in einem Umkreis von mehr als zehn Meilen zu spüren waren (SWB berichtete). Zwei Arbeiter verloren ihr Leben. Nur vier Monate zuvor hatte ein Vertreter der Coordination auf der BAYER-Hauptversammlung die mangelhafte Anlagensicherheit in Institute kritisiert. Einen Produktionsstopp für Giftgase wie Phosgen und MIC, wie vom CBGler verlangt, lehnte der BAYER-Vorstand jedoch als „unbegründet“ ab.

## 220 Arbeitsplätze bedroht

Uwe Friedrich vom Vorstand der CBG: „Wir fordern grundsätzlich, dass die chemische Industrie auf den großtechnischen Einsatz tödlicher Chemikalien wie MIC und Phosgen verzichtet.“ Als unfreiwillig komisch bezeichnet Friedrich die Argumentation von BAYER-VertreterInnen, die den Verkaufsstopp von Aldicarb und Carbaryl mit dem im Jahr 1995 gegebenen Versprechen begründet hatten, Pestizide der obersten Gefahrenklasse vom Markt zu nehmen. Dieses hat sein Verfallsdatum nämlich längst überschritten, sollte es doch schon zur Jahrtausendwende 1999/2000 eingelöst sein.

Angesichts der Rekord-Gewinne in den vergangenen Jahren tritt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN darüber hinaus dafür ein, dass die 220 von der Einstellung der MIC-Produktion betroffenen Beschäftigten in Institute angemessene Ersatz-Arbeitsplätze erhalten. Auch Maya Nye von den PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC solidarisiert sich mit der Be-

legschaft: „Wir fühlen mit den betroffenen Arbeitern, die ihre Stelle verlieren sollen. Wir müssen aber daran erinnern, dass dies die Folge der Weigerung von BAYER ist, vor auszudenken und in sichere Verfahren zu investieren.“ Nye kritisiert insbesondere die jahrelangen Drohungen von BAYER, Arbeitsplätze zu vernichten: „Dies ist ein übliches Mittel, um Anwohner, Umweltschützer und die Belegschaft auseinanderzudividieren. Wir werden dadurch zu Geiseln von Konzernen gemacht, denen Profite wichtiger sind als die Sicherheit der betroffenen Menschen.“

## Untersuchungsbericht

Ebenfalls Mitte Januar legte die Aufsichtsbehörde „Chemical Safety Board“ (CSB) ihren lange angekündigten Abschlussbericht zum jüngsten Störfall vor. Die zeitliche Koinzidenz dürfte dabei kein Zufall sein: Mit der Ankündigung, aus der MIC-Produktion auszusteigen, wollte der Konzern offenbar dem CSB den Wind aus den Segeln nehmen. Der Report der Behörde hat es nämlich in sich: Die Werksleitung hatte demnach im August 2008 auf ein schnelles Wiederanfahren einer umgebauten Anlage gedrängt, damit keine Engpässe bei der Produktion des Pestizids Larvin entstehen. Hierfür hatten Sicherheitssysteme bewusst außer Kraft gesetzt werden müssen. Die Programmierung der Computer-Steuerung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellt, auch die MIC-Messgeräte an der Anlage waren nicht funktionstüchtig.

Dr. Rafael Moure-Eraso, Vorsitzender des CSB, kam daher bei der Vorstellung des 170-seitigen Berichts zu dem Ergebnis: „Der Tod der Arbeiter ist umso tragischer, als er hätte vermieden werden können, wenn BAYER eine angemessene Schulung

## Impressum



Stichwort BAYER - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern  
29. Jahrgang  
Postvertriebsstück G 10848  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,  
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:  
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)  
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit.  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.  
e-mail: CBGnetwork@aol.com  
http://www.CBGnetwork.org  
Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. *Stichwort BAYER* braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie *Stichwort BAYER* automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von *Stichwort BAYER* wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in *Stichwort BAYER* behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf), Jan Pehrke (jp), Udo Hörster (uh)

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Michaela Justus

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: GLS-Bank, Konto-Nr. 8016533000  
BLZ 430 609 67, IBAN DE88 430 609 67 8016 533 000  
BIC GENODEM1GLS

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2005  
(1/1 S. sw 800,- Euro, zzgl. MwSt.)

*Stichwort BAYER* erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils zum Ende des Quartals.

### Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll *Stichwort BAYER* Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Der Nachdruck von Artikeln aus *Stichwort BAYER* ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder eMail bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Photographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in *Stichwort BAYER* ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

### Auszeichnungen:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen sowie 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Das CBG-Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura erhielt den „Preis für Zivilcourage 2000“.

Beirat: Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen, Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin, Wolfram Esche/Rechtsanwalt/ Köln, Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald, Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt, Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin, Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Holzham, Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg (+ 2003)



Das BAYER-Werk in Institute

der Mitarbeiter vorgenommen, eine umfassende Prüfung der Anlagen vor dem Hochfahren vorgeschrieben und eine strikte Einhaltung der Arbeitsabläufe gewährleistet hätte.“

Nur glückliche Umstände verhinderten die Beschädigung eines benachbarten MIC-Tanks. „Ein Austritt signifikanter Mengen MIC hätte tödliche Folgen haben können. Diese Sorge wurde von Anwohnern berechtigterweise seit Jahrzehnten geäußert“, so Dr. Moure-Eraso weiter. Dies ist ein deutlicher Seitenhieb gegen die

Werksleitung, die nach dem Störfall vor zwei Jahren versucht hatte, Bürgerinitiativen und kritische Journalisten öffentlich zu diskreditieren.

**Ermittlungen**

Der US-Kongress strengte eine eigene Untersuchung des Störfalls an, die zu folgendem Ergebnis kam: „BAYER beteiligte sich an einer Geheimhaltungskampagne. Die Firma hat den Sicherheitskräften entscheidende Informationen vorenthalten, hat den Ermittlern der Bundesbehörden

nur eingeschränkten Zugang zu Informationen gewährt, hat die Arbeit von Medien und Bürgerinitiativen unterminiert und hat die Öffentlichkeit unrichtig und irreführend informiert.“ Weiter hieß es: „Durch die Explosion flog ein mehrere Tonnen wiegender Rückstandsbehälter 15 Meter durch das Werk und zerstörte auf seinem Weg praktisch alles. Hätte dieses Geschoss den MIC-Tank getroffen, hätten die Konsequenzen das Desaster von Bhopal 1984 in den Schatten stellen können.“ Beschlagnahmte Unterlagen zeigten, dass die Firma die Ermittlungen bewusst behindert hatte. Die CBG fordert wegen des vermeidbaren Tods der beiden Mitarbeiter strafrechtliche Ermittlungen gegen die Werksleitung sowie einen endgültigen Verzicht auf alle Pestizide der obersten Gefahrenstufe. Die PCMC-AktivistInnen vor Ort engagieren sich indessen für ein sofortiges Ende der MIC-Herstellung. Sie klagten gegen die Wiederinbetriebnahme der Anlage. Am 25. Februar gab ihnen ein Richter erst einmal Recht. Er untersagte dem Leverkusener Multi vorläufig, die gefährliche Chemikalie noch 18 Monate weiterzuproduzieren. Und drei Wochen später verkündete BAYER das entgeltliche Ende von MIC.

# STADT LAND grün

## DAS NEUE HANDBUCH IST DA!

Klimaveränderung und demographischer Wandel, Bildungsnotstand und Debatten über soziale Gerechtigkeit – was unsere Gesellschaft bewegt, beschäftigt auch die Kommunalpolitik.

Wer im Kreistag, Stadt- oder Gemeinderat sitzt, muss sich in vielen Bereichen auskennen, von der Wirtschafts- und Finanz- bis zur Umwelt- und Kulturpolitik. Das Handbuch für alternative Kommunalpolitik führt in die einzelnen Themenfelder ein, zeigt die wichtigsten Probleme auf und weist auf Lösungswege sowie Gestaltungsspielräume hin.

Mit Beiträgen von Jutta Ebeling, Franziska Eichstädt-Bohtig, Manfred Busch, Hans-Josef Fell, Britta Haßelmann, Joachim Lorenz, Heiner Monheim, Michael Opielka, Wolfgang Pohl, Reiner Schiller-Dickhut, Elisabeth Schroedter, Bernd Wagner und anderen. Bielefeld 2008, 320 Seiten

Rita A. Herrmann  
Gerald Münzer (Hrsg.)

HANDBUCH FÜR ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK

FRIEDRICH BOLL STIFTUNG

AKP

Ich bestelle \_\_\_ Exemplar(e) „STADT LAND grün“ zum Stückpreis von 16,80 € + Versandkosten

<p><b>Lieferung an folgende Adresse:</b></p> <p>Name/Vorname _____</p> <p>Straße/Nr. _____</p> <p>PLZ/Ort _____</p> <p>Kontoinhaber/in _____</p> <p>Konto-Nr. _____ BLZ _____</p> <p>Bank/Postgiroamt _____</p>	<p><b>Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen:</b></p> <p><input type="radio"/> Einzugsermächtigung</p> <p><input type="radio"/> Rechnung bei Lieferung erbeten</p> <p><input type="radio"/> Scheck, Bargeld, Briefmarken liegen bei</p> <p>Datum _____</p> <p>Unterschrift _____</p>
---	--

**Bestelladresse:**  
**AKP**, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld  
 Tel.: 05 21/17 75 17  
 Fax: 05 21/17 75 68  
 e-mail: akp@akp-redaktion.de  
 www.akp-redaktion.de



# Spuren hinterlassen.

## Informationen zu Testament und Vermächtnis

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten Wirkung für kommende Generationen. Wenn auch Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis zur langfristig wirkenden Förderung für konzernkritische Arbeit infrage. Fordern Sie unverbindlich unseren leicht verständlichen Leitfaden an, der Ihnen sagt, worauf Sie bei Erbschaft und Vermächtnis achten müssen.

Bitte ausfüllen, abtrennen und per Post/Fax an:

**Fax 0211 - 26 11 220**

Absender/in:

.....  
Vorname, Name

.....  
PLZ, Ort

.....  
Straße, Haus-Nr.

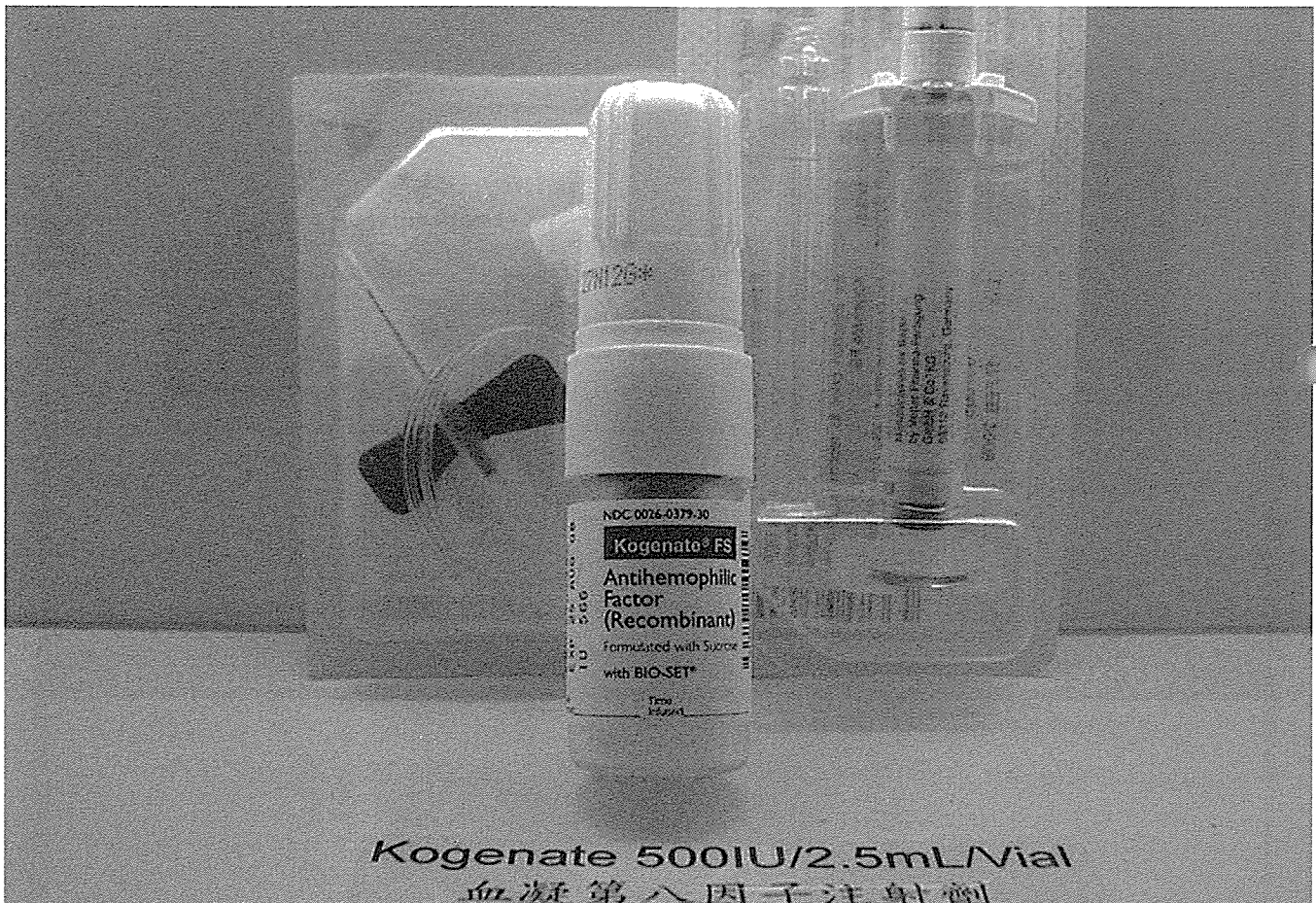
.....  
Telefon, Fax

.....  
Alter

**Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 1504 18 40081 Düsseldorf**

**eMailCBGnetwork@aol.com**

## Bluter-Prozess

**BAYER muss zahlen**

Jetzt auch ohne HI-Viren: Blutprodukt von BAYER

Die Pharma-Unternehmen BAYER, BAXTER, BEHRING und ALPHA zahlen Entschädigungen in zweistelliger Millionenhöhe an Bluter aus 22 Ländern. Dies ist das Ergebnis eines Vergleichs, der Ende vergangenen Jahres in den USA geschlossen wurde. Mehrere Tausend mit HIV und Hepatitis C infizierte Hämophile hatten die Firmen zuvor an einem Bundesgericht in Chicago auf Schadensersatz verklagt.

Von Philipp Mimkes

Anfang der 80er Jahre hatten sich weltweit Tausende Hämophile durch Blutplasma-Produkte mit HIV oder Hepatitis C infiziert. Die Konzerne benutzten für deren Herstellung vor allem preiswertes Blut von Hochrisikogruppen wie Gefängnis-Insassen. Weltmarktführer war zu diesem Zeitpunkt die BAYER-Tochter CUTTER. Die skandalöse Profitsucht der Phar-

ma-Konzerne zeigte sich noch deutlicher; als sich erste Erkenntnisse über die Ansteckungsgefahr verbreiteten: Obwohl es einfache Möglichkeiten gab, die Produkte unschädlich zu machen, nutzten die Konzerne diese aus Kostengründen nicht. Als der Vertrieb der unkontrollierten und größtenteils verseuchten Plasma-Produkte in Europa und den USA verboten wurde,

exportierten die Firmen die Restbestände einfach nach Asien und Lateinamerika.

Der Skandal wirkt bis heute nach. Immer noch muss sich die Justiz mit den Tätern und Opfern beschäftigen. In einem Prozess, den mehrere Tausend Geschädigte vor einem Gericht in Chicago gegen BAYER & Co. angestrengt hatten, kam es

jetzt zu einem Vergleich. Die RichterInnen sprachen den Klägern einen Schadenersatz in Millionen-Höhe zu, verpflichteten sie jedoch zugleich auf absolutes Stillschweigen.

**„Wir hätten es vorgezogen, die Schuldigen auf ihre Verantwortung festgenagelt zu sehen“**

Unter den Entschädigten befinden sich auch deutsche Hämophile, die an Hepatitis C erkrankt sind. HIV-infizierte Bluter in Deutschland hingegen erhalten eine monatliche Rente und durften an der Sammelklage nicht teilnehmen. Andreas Bemeleit vom Netzwerk ROBIN BLOOD, in dem sich betroffene Bluter zusammengeschlossen haben: „Dieser Vergleich zeigt, dass die Pharmaindustrie versucht, mit kleinem Geld die Gruppe der Betroffenen zu spalten. Zugleich bekennen sich BAYER und die drei weiteren Pharmaunternehmen durch diese Zahlungen zu ihrem schuldhaften Verhalten. Dies bestärkt

uns, das Engagement für eine gerechte Entschädigung aller Betroffenen zu forcieren.“

Auch Philipp Mimkes von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) begrüßt den Vergleich als faktisches Schuld-Eingeständnis der beklagten Konzerne, kritisiert aber die Geheimhaltungspolitik der Unternehmen scharf: „Warum verheimlicht BAYER Zahlungen in Millionenhöhe? Warum wird nirgendwo über diesen richtungsweisenden Vergleich berichtet? Es ist empörend, dass die verantwortlichen Firmen von den Opfern ein Stillschweigen erpressen!“

Die CBG fordert eine strafrechtliche Verfolgung der Konzern-Verantwortlichen sowie eine Übernahme der vollen Behandlungskosten durch die Firmen. „Die Verursacher der Infizierung Tausender Bluter profitieren bis heute vom Verkauf teurer Plasma-Medikamente und wälzen gleichzeitig die Behandlungskosten der von ihnen geschädigten Bluter auf die Allgemeinheit ab“, so Mimkes weiter. Die Konzerne

mussten sich lediglich gemeinsam mit Bund, Ländern und dem Roten Kreuz an einer Stiftung zur finanziellen Unterstützung von AIDS-kranken Blutern beteiligen. Obwohl dieses Vermögen nun aufgebraucht ist und die Einrichtung 70 Millionen Euro zur Fortsetzung ihrer Arbeit benötigt, wollen die Unternehmen lediglich zwei Millionen Euro jährlich bereitstellen - ca. 0,22 Prozent des 2009-Umsatzes von BAYERs Blutprodukt KOGENATE.

Einzig italienische Medien berichten bislang über den Vergleich. In Italien erhalten durch den Vergleich 443 Personen eine Entschädigung. „Dies ist ein historisches Ergebnis“, so Luigi Ambroso, Präsident der Initiative COMITATO 210/92, die sich für die Entschädigung der Betroffenen einsetzt. Zugleich räumt er jedoch ein: „Wir hätten es vorgezogen, die Schuldigen auf ihre Verantwortung festgenagelt zu sehen“. In Italien könnte sich sein Wunsch noch erfüllen, denn in dem Land laufen strafrechtliche Untersuchungen gegen BAYER und andere Firmen. Der Vorwurf lautet auf vielfachen Totschlag.



# ProSolidar

Leben statt Profit



Geld & Konzerne

Im üblichen Geldkreislauf landet das Ersparte bei Konzernen und Banken. Und finanziert dort Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen und Kriege.

ProSolidar fördert Konzernkritik und Widerstand gegen Umweltzerstörung, Ausbeutung und Krieg. Statt Geldrendite setzt ProSolidar auf Lebensrendite. Es gilt das Prinzip: Leben statt Profit.

**Jetzt handeln. Fordern Sie das kostenfreie Anlage-Prospekt an.**

ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

**Coupon:**

**Geben Sie den Solidar-Interessen mehr Gewicht.**

Ja, mich interessiert ProSolidar. Bitte schicken Sie mir unverbindlich das kostenfreie Anlage-Prospekt.

Vorname \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_

PLZ \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Fon \_\_\_\_\_

Fax \_\_\_\_\_

Alter \_\_\_\_\_

Email \_\_\_\_\_

Bitte zurücksenden an:  
ProSolidar  
Schweidnitzer Str. 41 Fon 0211 - 26 11 210  
40231 Düsseldorf Fax 0211 - 26 11 220

Mail [info@prosolidar.net](mailto:info@prosolidar.net)

entsprechend teuer an Kosmetik-Konzern wie L'OREAL verkaufen. Auch auf Ambiaty, ein Extrakt aus der vom Aussterben bedrohten madagassischen Vernonia-Pflanze, hat der BAYER-Ableger Eigentumsrechte geltend gemacht.

Diese privatwirtschaftliche Aneignung des natürlichen Reichtums der Erde bereitet dem Konzern keinerlei Probleme. SERDEX zahle den „markt-üblichen Preis“ für die Pflanze, verlautet aus der Zentrale. Damit nicht genug, betätigt sich das Unternehmen nach eigenen Angaben auch noch als Wohltäter und unterstützt vor Ort ein Schulprojekt. Vollmundig bekennt es sich zu „Fair Trade“ und zur „Nachhaltigen Entwicklung“ und ist überzeugt vom positiven Effekt seiner wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Umwelt und die Lebensbedingungen der Menschen in Morarano.

Der „African Center for Biosafety“ (ACB) beurteilt das Wirken der Gesellschaft anders. Die Organisation wirft SERDEX vor, einfach eine lang bekannte afrikanische Praxis mit einem Patent belegt zu haben. „Patente können nur für neue Ideen und Innovationen vergeben werden. Uraltes traditionelles Wissen kann niemals patentiert werden. Um der Patent-Gesetzgebung zu genügen, musste das traditionelle Wissen erst arglistig in einen wissenschaftlichen Jargon überführt wer-

**„Unser Plan: Weltweit als Spezialist für natürliche Inhaltsstoffe aus tropischen Pflanzen zu gelten“**

den, der es dann als Innovation ausweist“, erklärt die ACB-Leiterin Mariam Mayet. Zudem kritisierte sie die wundersame Preissteigerung von Ambiaty auf dem Weg „out of Africa and back again“. Ein ganzes Jahresgehalt müssten die MadagassInnen für ein bisschen Ambiaty-Creme aufbringen.

Aber nicht nur mit Ambiaty und Madecassoside macht SERDEX gute Geschäfte. Neben der Herstellung von freiverkäuflichen Arzneien vermarktet das Unternehmen zusätzlich noch Substrate aus einer chinesischen Ginseng-Pflanze für kosmetische und medizinische Zwecke. Und die Mutter-Gesellschaft selber betätigt sich ebenfalls mit großem Erfolg als Biopirat. So produziert der Pharma-Riese sein Diabetes-Mittel GLUCOBAY mit Hilfe des Bakterium-Stammes Actinoplanes SE50,



Ich war eine Pflanze

den er aus dem kenianisch gefischt hat. Zu einem Umsatz von Millionen Euro verhalfen die Bakterien dem Präparat im Jahr 2009.

Der Leverkusener Multi betreibt nicht nur in Afrika zu Expeditionen. In China beauftragte er Botaniker am Kunming-Institut damit, die Wälder nach verwertbaren Substanzen zu durchforsten. Zweimal sind sie schon fündig geworden - die Substanzen sind sich bereits in der klinischen Prüfung. Und auf der Suche nach Rohstoffen begibt sich der Konzern auf Tauchstation. Gemeinsam mit dem Unternehmen MAGELLAN GRUPPE INC. schaut er sich in den Ozeanen nach Mikroorganismen ab. Abwehrstoffe sich zur Herstellung von Pestizide eignen.

Der Handel mit solchen Substanzen und genetischen Ressourcen hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung. Allein der globale Umsatz mit diesen Substanzen, die aus der Natur stammen, 37,2 Milliarden Euro im Jahr 2008. Als das Land mit den reichsten Artenvielfalt kommen führte von 1991 bis 2008 im Jahr durchschnittlich eine 150.600 Tonnen an pflanzlichen Substanzen für Arzneien aus; der Wert der Phytopharmaka-Exporte betrug im Jahr 2008 einen Dollar.

Völlig unreguliert dürfen diese Substanzen seit einiger Zeit nicht mehr gehandelt werden. Die 1992 auf dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro verabschiedete Biodiversitätskonvention der UN hat Bestimmungen über den Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Menschheit erlassen. „Die Bestimmungen des Übereinkommens (...) sind ein wichtiger Schritt der biologischen Vielfalt, die die Grundlage der Nutzung ihrer Bestandteile und der Erhaltung von wogone und gerechte Aufteilung“



en Ruiru-See  
satz von 315  
die fleißigen  
Geschäftsjahr

richt jedoch  
tionen auf. In  
kerInnen vom  
e heimischen  
Naturstoffen  
nd sie schon  
tanzen befin-  
ischen Erpro-  
ch kostbaren  
Konzern sogar  
am mit dem  
BIOSCIENCE  
in den Welt-  
en um, deren  
tellung neuer

bstanzen aus  
t eine große  
2005 betrug  
mit Medika-  
tur-Apotheke  
Dollar. China  
altigsten Vor-  
s 2003 jedes  
Menge von  
hen Rohstof-  
Wert dieser  
ug 266 Millio-

ese Geschäf-  
ehr ablaufen.  
ipfel von Rio  
itskonvention  
für den Um-  
ressourcen der  
Ziele dieses  
die Erhaltung  
e nachhaltige  
nd die ausge-  
llung der sich

aus der Nutzung der genetischen Ressourcen ergebenden Vorteile", heißt es in dem Papier. Eine solche „ausgewogene und gerechte Aufteilung“ hat der Leverkusener Multi nie vorgenommen. In dem Patent, das er 1995 auf das GLUCOBAY-Fertigungsverfahren angemeldet hat, hielt er es nicht einmal für nötig, auf die kenianische Herkunft des Actinoplanes-Stammes zu verweisen. Darum werfen Mariam Majet und die weiteren VerfasserInnen der Studie „Out of Africa: Mysteries of Access and Benefit Sharing“ dem Pillen-Hersteller und den anderen Plünderern vor, gegen das Artenschutz-Abkommen verstoßen und „eine totale Respektlosigkeit gegenüber afrikanischen Ressourcen“ an den Tag gelegt zu haben. BAYER weist die Anschuldigungen zurück. „Das Original wird nicht genutzt. Was patentiert wurde, ist das Biotechnologie-Produkt“, erklärte die Unternehmenssprecherin Christina Sehnert.

Hier eine Klärung herbeizuführen, ist die UN-Deklaration wenig geeignet. Sie verfügt nämlich über kein Instrumentarium, um die Einhaltung der Richtlinien zu kontrollieren und gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. Und Big Pharma tut alles dafür, dass das auch so bleibt. Während ihr US-Verband PhRMA sogar tatkräftig dabei mithalf, den damaligen US-Präsidenten George Bush sen. von der Ratifizierung des Abkommens abzuhalten, bekennt sich der von BAYER gegründete „Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller“ hierzulande zwar zur Konvention, versucht aber mit allen Mitteln, ihren unverbindlichen Charakter zu erhalten. Die verschiedenen Bundesregierungen haben BAYER & Co. dabei stets tatkräftig unterstützt. Rot-Grün schickte 2001 sogar einen BAYER-Mann als ihren Experten zu einer Sitzung der „Konvention über die biologische Vielfalt“. Dort wandte sich der Manager dann strikt gegen eindeutige Regularien, die den Zugang zu den Natur-



stoffen und die finanziellen Ansprüche der Herkunftsländer festlegen. Das stünde der unternehmerischen Freiheit entgegen, so der Konzern-Vertreter in offizieller Mission, der stattdessen freiwillige Vereinbarungen mit den Staaten als Mittel der Wahl empfahl.

Auf der 10. Rio-Nachfolgekonferenz, die 2010 im japanischen Nagoya stattfand, haben sich dann wieder VertreterInnen aus Philipp Röslers Gesundheitsministerium und aus der EU-Verwaltung als Sachwalter der Industrie-Interessen betätigt. Sie arbeiteten eifrig daran, den Geltungsbereich des Abkommens zu beschränken. Unter der zahlungspflichtigen „Nutzung von genetischen Ressourcen“ wollten die UnterhändlerInnen nur den Gebrauch des kompletten Erbgutes verstanden wissen, nicht aber denjenigen einzelner Moleküle oder anderer Bestandteile, damit BAYER weiterhin sagen kann: „Wir haben das Original nicht genutzt“. Und Krankheitserreger, die sich zur Produktion von Impfstoffen eignen, sollten nach Ansicht dieser EmissärInnen ebenfalls nicht unter die Nutzungsbestimmungen fallen. Die bundesdeutschen GesundheitsministrantInnen setzten sich so hartnäckig für eine

solche Ausnahme-Regelung ein, dass die gesamten Verhandlungen zu scheitern drohten. Das FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG sah sich deshalb sogar zu einem Offenen Brief an Minister Rösler genötigt. „Hören Sie auf, als Anwalt der Pharma-Industrie den internationalen Umweltschutz zu gefährden! Geben Sie die

**Die Studie „Out of Africa: Mysteries of Access and Benefit Sharing“ wirft BAYER und den anderen Plünderern vor, gegen das Artenschutz-Abkommen verstoßen und „eine totale Respektlosigkeit gegenüber afrikanischen Ressourcen“ an den Tag gelegt zu haben**

extreme Definition von Ausnahmefällen für Pathogene in den Nagoya-Verhandlungen auf, mit denen Ihr Ministerium Deutschland und Europa international isoliert hat“, mit diesen Worten forderte das Forum den FDP-Politiker zur Umkehr auf.

Der Appell hat schließlich Wirkung gezeigt. Auch mit der engen Definition von

genetischen Ressourcen konnten sich die reichen Staaten nicht durchsetzen. Zudem mussten sie eine Verschärfung des Passus' zum finanziellen Ausgleich akzeptieren. Dagegen gelang es den Biopiraten, ein Reglement zu verhindern, das ihnen abverlangt hätte, künftig bei Patent-Anmeldungen Zertifikate über den legalen Erwerb der Ausgangsstoffe vorzulegen. Nicht nur deshalb ziehen Michael Frein, Mitglied des Forum-Leitungskreises und Referent beim evangelischen Entwicklungsdienst, und der Biodiversitätsexperte Hartmut Meyer keine positive Bilanz. „Die Entwicklungsländer stehen nicht ganz mit leeren Händen dar, das Ergebnis ist jedoch weit von ihren Zielen entfernt und spiegelt sehr viel deutlicher die Interessen der Industrieländer“, schreiben die beiden im Rundbrief des Forums. Das Abschluss-Dokument enthalte zwar einige gute Ansätze, betonte Michael Frein gegenüber *Stichwort BAYER*, aber ob es wirklich gegen Biopiraterie wirke, sei „abhängig von der Umsetzung“. Und da zeigte sich Frein eher skeptisch, weil Nagoya die Implementierung der Beschlüsse ins Belieben der Unterzeichner-Nationen gestellt hat. BAYERS Beutezüge dürften also einstweilen weitergehen.

**Konzern-Willkür beenden!**

*Weltweit kauft Bayer alles auf  
doch wir Kollegen zahlen drauf*

*Wirtschaftsliste*

*Interesse 100%*

*474,7%*

*Ergebnis*

*Wahrscheinlichkeit*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**

## Ihre BAYER-Aktien gegen Konzernwillkür

Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir den Vorstand und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne:  
Umwelzerstörung, Verletzung von Menschenrechten, sozialer Kahlschlag,  
Ausbeutung, politischer Machtmißbrauch.

1978 - 2008

**30 Jahre CBG**

www.CBGnetwork.org

Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

---

**Ja, ich besitze BAYER-Aktien und möchte die Stimmrechte übertragen.**

**Bitte Absender angeben und zurück schicken. Danke.**

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Nr.

eMail

Fon/Fax

Beruf

Geburtsjahr

Datum/Unterschrift

**Coupon bitte zurücksenden an**

Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, CBGnetwork@aol.com

**www.CBGnetwork.org**

seite sechzehn

http://www.CBGnetwork.org



# JAHRESTAGUNG

Samstag, 5. November  
9.30 - 18.00 Uhr **2011**

Eintritt frei  
Spende erbeten

## CBG

Coordination gegen BAYER-Gefahren

Coordinazione contro i pericoli derivanti dalla BAYER

Coordinadora contra los peligros de la BAYER

Coordinacao em contra dos perigos da BAYER

Coordination contre les dangers liés à BAYER

Coordination against BAYER-Dangers

**JETZT  
ANMELDEN**

**Gentech-Mafia**

**Die Seilschaften  
von BAYER,  
MONSANTO & Co**



Zurück an: Coordination gegen BAYER-Gefahren e.V./CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 02 11 - 33 39 11, Fax 02 11 - 26 11 220

- Ich melde mich hiermit verbindlich an zur Jahrestagung 2011 mit ..... Personen (bitte auch die Namen und Adressen eventueller weiterer Personen angeben / ggfs. auf separatem Blatt)  Private Übernachtung auf Anfrage kostenfrei, preiswertes Hotel-Zimmer auf Wunsch.  
Ich bin Fördermitglied  Ja  Nein
- Ich spende für die Jahrestagung 2011 ..... Euro (Bitte Lastschrift ausfüllen).
- Ich möchte Fördermitglied werden mit einem Jahresbeitrag von ..... (mind. 60 Euro). Im Beitrag ist der Bezug des InfoMagazins STICHWORT BAYER enthalten.
- Bitte schickt mir weitere Informationen.

Name / Vorname Alter

Str. / Nr. PLZ / Ort

Bank

Kto.-Nr. BLZ

**info@CBGnetwork.org twitter facebook www.CBGnetwork.org**

BAYER-Manager gesucht

# Babyräuber



Angehörige der geraubten Babys demonstrieren

*Deutsche Unternehmen wie BAYER und MERCEDES BENZ waren in die Zwangsadoptionen während der argentinischen Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 verwickelt. Darum laufen jetzt Ermittlungen, aber die deutsche Botschaft in Buenos Aires und die Konzerne zeigen sich wenig auskunftsfreudig.*

*Von Gaby Weber*

Die Brutalität der argentinischen Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 kannte keine Grenzen. Eines ihrer perfidesten Kapitel ist sicherlich der Babyraub. Insgesamt 500 Kinder sollen in Folterzentren

wie dem »Campo de Mayo« nahe Buenos Aires zur Welt gekommen sein, weil ihre Mütter dort gefangengehalten wurden. Ausgestattet mit neuen Papieren, wurden diese Säuglinge kinderlosen Militärs oder

anderen Sympathisanten der Diktatur übergeben. Die Mütter wurden ermordet. Eine dieser ermordeten Frauen war die Tochter von Elsa Pavón. Sie ist Mitbegründerin der „Großmütter der Plaza de

Mayo“, die nicht nur ihre Töchter an die Generäle verloren haben, sondern auch ihre Enkel. Seit der Rückkehr zur Demokratie suchen sie nach ihnen.

Pavón fand ihr Enkelkind Paula in der Familie des damaligen Sicherheitschefs von MERCEDES BENZ ARGENTINA (MBA), Ruben Lavallén. Ein Gentest bewies bereits in den 80er Jahren, dass Lavallén nicht der leibliche Vater Paulas sein konnte, als den ihn die Geburtsurkunde auswies. Das ist aber nicht der einzige Fall, in den MBA verwickelt ist. Auch gegen die Familie des langjährigen Produktionschefs Juan Tasselkraut sind drei Verfahren anhängig. Die RichterInnen haben bisher allerdings keine Anstalten gemacht, einen Gentest zum Abgleich seiner DNA mit derjenigen der drei Jungen anzuordnen.

Die „Großmütter der Plaza de Mayo“ haben herausgefunden, dass die geraubten Kinder in vielen Fällen von der katholischen »Christlichen Familienbewegung« (Movimiento Familiar Cristiano, MFC) weitergegeben wurden. Im ganzen Land führte diese Organisation Listen, in die sich Adoptionswillige eintragen konnten. Im »Campo de Mayo« war sogar eine Wöchnerinnenstation für die Schwangeren eingerichtet worden. Die Verhältnisse dort waren prekär, es mangelte an Geräten und Medikamenten. Was fehlte, ließen sich die Generäle durch Spenden finanzieren. Die so genannten Brutkästen im

### Die Firma BAYER verweigert genauere Angaben zu ihrem Ex-Manager

„Campo de Mayo“ kamen von MERCEDES BENZ ARGENTINIEN.

Aber MBA war offenbar nicht der einzige deutsche Konzern, der in den Babyraub verstrickt war. Die ebenfalls während der Diktatur in Argentinien aktive BAYER AG aus Leverkusen sagte auf Anfrage, dass sie „keine Spenden geleistet“ habe, „soweit es nach rund 30 Jahren nachvollzogen werden kann“. Fakt ist jedoch, dass im Juni 1976, nur wenige Wochen nach dem Militärputsch, beim MFC ein Antrag von Lambert Courth einging. Er war zu diesem Zeitpunkt im oberen Management bei BAYER tätig, seit vier Jahren mit der Britin Susan verheiratet und kinderlos. Ein Attest über Sterilität lag bei. Am 28. Oktober desselben Jahres taucht in den MFC-Akten eine Frau auf, die angibt, Großmutter eines Babys zu sein, das sie mit sich führt. Das Neugeborene sei eine



Gedenktafel für die Opfer der Militärdiktatur

Frühgeburt, sieben Monate alt und gerade zwei Kilogramm schwer. Ihre Tochter könne das Baby nicht behalten und wolle es zur Adoption freigeben, so die Frau, die sich weigert, ihre Personalien anzugeben. Die MFC-Leiterin Delfina Linck gab dem Kind den Namen „Tomas“ und leitete das Adoptionsverfahren ein. Wenig später wird „Tomas“ der Familie Courth als Adoptivsohn übergeben.

Warum der kleine Junge ausgerechnet zur Familie Courth gelangt ist, geht nicht aus den Akten hervor. Vielleicht hat Delfina Lincks Ehemann Jorge Luis nachgeholfen, der als Rechtsanwalt die Interessen von Lambert Courth vertrat? Für die argentinischen ErmittlerInnen ist jedenfalls klar, dass es bei der Adoption nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Das belegt in ihren Augen schon der Umstand, dass die Courths keine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung hatten. Eine solche war damals jedoch Voraussetzung für Adoptionen. Wie die vom Jugendamt in einem Vermerk vom 16. Februar 1977 gewährte „Ausnahme“ begründet wurde, steht nicht in den Unterlagen.

Im Juni 1977 wollte sich die Sozialarbeiterin des Familiengerichtes davon überzeugen, dass es dem kleinen Tomas in seiner neuen Umgebung gut ging. Zu diesem Zeitpunkt war das Adoptionsverfahren noch nicht abgeschlossen. Aber sie klingelte vergeblich an der Haustür der Courths. NachbarInnen verrieten ihr, dass die Familie bereits nach Deutschland zurückgekehrt sei. Wie sie ohne gültige

Adoptionspapiere mit dem Baby das Land verlassen konnte, ist unklar. Eine Adoptionserlaubnis hätte spätestens jetzt nicht gegeben werden dürfen. Trotzdem urteilte im Dezember 1977 ein Richter positiv über die Adoption des kleinen Jungen, wie ein Schreiben des Courth-Rechtsanwalts Linck bestätigt.

Die Firma BAYER verweigert genauere Angaben zu ihrem ehemaligen Manager. Die Adoption gehöre zum „Privatleben der Mitarbeiter“, und dazu äußere man sich „prinzipiell“ nicht. Ein Antrag auf Zugang zum Firmenarchiv wurde nicht beantwortet.

Auch Lambert Courth verweigert nahezu jede Aussage. „Es war eine legale Adoption“ - zu mehr will er sich nicht äußern. Dass gegen ihn ermittelt wird, scheint ihn nicht weiter zu kümmern. Er darf sich auf die Unterstützung der deutschen Bundesregierung verlassen - so wie schon der MERCEDES-Manager Tasselkraut, bei dem die Berliner Justiz wegen angeblicher Verjährung die Eröffnung eines Verfahrens ablehnte. Noch verschlossener zeigen sich die deutschen Diplomatinen in Buenos Aires. Als die argentinischen RichterInnen die Botschaft um Mithilfe bei der Suche nach Lambert Courth baten, erhielten sie im Juni 2009 die Antwort: „Die Botschaft hat sich mit der BAYER AG in Verbindung gesetzt, konnte aber den Aufenthaltsort der gesuchten Personen nicht ausfindig machen. (...) Felix Schwarz. Konsul“.

## DUOGYNON-Prozess

## „Wir sind nicht verjährt“



Kundgebung von DUOGYNON-Opfern vor dem Gerichtssaal

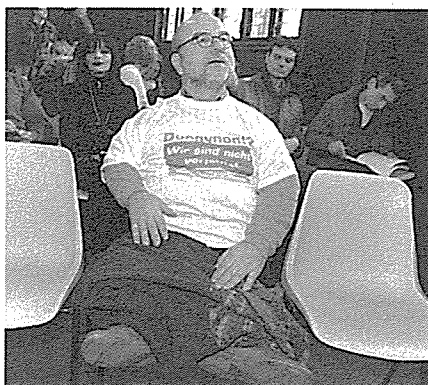
*Tausende Kinder erlitten in den 1960er und 70er Jahren schwere Fehlbildungen durch hormonelle Schwangerschaftstests. Die von der seit 2006 zu BAYER gehörenden Firma SCHERING vertriebenen Präparate führten zu Totgeburten, Herzkrankheiten, fehlenden Gliedmaßen, Gaumenspalten und Nierenschäden. Die Betroffenen forderten vor Gericht Akteneinsicht. An der Verhandlung Mitte Januar 2011 in Berlin nahmen zahlreiche Geschädigte teil. Aber der Richter kannte kein Erbarmen und wies die Klage ab. Die Opfer gehen nun in Berufung.*

*Von Philipp Mimkes*

„Wissen Sie, die Menschenwürde verjährt aber nicht!“, ruft die Sängerin Nina Hagen nach der Urteilsverkündung am Berliner Landgericht. Richter Udo Spuhl hatte soeben die Klage mehrerer DUOGY-

NON-Opfer auf Akteneinsicht wegen angeblicher Verjährung abgewiesen. Zahlreiche Geschädigte, die zum Teil aus dem Ausland angereist waren, trugen während der Verhandlung T-Shirts mit der

Aufschrift: „Wir sind nicht verjährt“. Die Betroffenen, die unter schweren Geburtsfehlern leiden, fordern von BAYER die Herausgabe aller firmeninternen Unterlagen zu dem hormonellen Schwanger-



DUOGYNON-Opfer Wolf-Dietrich Molzow

schafts-Test DUOGYNON. In einem zweiten Schritt soll eine Schadenersatzklage geführt werden.

Eingereicht hat die Klage der 34-jährige Grundschullehrer Andre Sommer aus dem Allgäu. „Es kann nicht sein, dass uns der BAYER-Konzern die Wahrheit vorenthält und keine Antwort darauf gibt, ob DUOGYNON an den schrecklichen Missbildungen, an Fehlgeburten und dem Tod von Kindern Schuld hatte. Die Auswirkungen auf die Familien waren unbeschreiblich, die Menschen leiden noch heute“, sagt er zur Begründung des Schrittes. Sommer, bei dem sich inzwischen rund 300 Geschädigte gemeldet haben, fordert BAYER auf, endlich die Archive zu öffnen und die Opfer zu entschädigen: „Ab wann wusste SCHERING von den fruchtschädigenden Wirkungen von DUOGYNON? Und warum ließ SCHERING das Medikament trotzdem bis 1980 auf dem Markt?“.

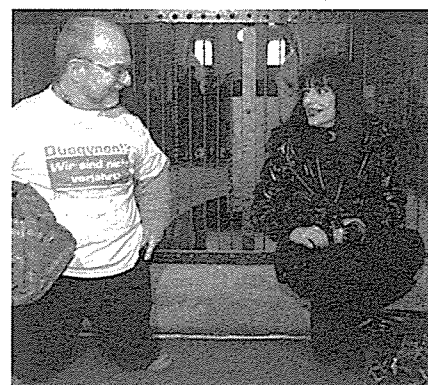
Auch Anwalt Jörg Heynemann ist empört: „BAYER SCHERING arbeitet nachweisbar mit Lügen und Halbwahrheiten. Der Konzern geht auf Tauchstation und versucht, die Angelegenheit auszusitzen. Dies darf nicht gelingen!“. Heynemann kündigte nach der Urteilsverkündung an, dass die Betroffenen in Berufung gehen. Man

werde das Berliner Kammergericht anrufen und zur Not den Bundesgerichtshof einschalten. „BAYER SCHERING kann bis heute nicht erklären, aus welchem Grund derselbe Konzern in England auf den Packungsbeilagen im Jahr 1970 einen deutlichen Warnhinweis anbrachte und in Deutschland die Indikation erst Jahre später änderte“, so Heynemann weiter. Das Unternehmen habe daher treuwidrig gehandelt. Angesichts zahlreicher Todesopfer könne man sogar von versuchtem Totschlag sprechen - wofür es keine Verjährung gibt. Der Anwalt hatte BAYER einen Vergleichsvorschlag unterbreitet, wonach der Kläger auf Schadenersatzansprüche verzichte, falls BAYER alle gewünschten Auskünfte erteile. BAYER hatte hierauf nicht reagiert.

**Gefahr intern bekannt**

In den 1960er und 70er Jahren hatten viele Mütter, deren Kinder mit schweren Fehlbildungen wie Wasserkopf, offenem Bauch, offenem Rücken oder Missbildungen der inneren Organe und Extremitäten geboren wurden, von ihren FrauenärztInnen in der Frühschwangerschaft DUOGYNON verordnet bekommen (Stichwort BAYER berichtete). Es dauerte aber bis zum Jahr 1980, bis SCHERING das Hormonpräparat, das auch bei Menstruationsbeschwerden Anwendung fand, vom Markt nahm.

Eltern, die gesundheitliche Schäden bei ihren neugeborenen Kindern auf die Einnahme von DUOGYNON zurückführten, hatten sich bereits 1978 zusammenschlossen und Strafanzeige gestellt. Das Verfahren wurde allerdings 1981 eingestellt - mit der Begründung, dass es für Föten keinen Lebensschutz gebe. Die Eltern gaben danach ihren Kampf auf. Detaillierte Statistiken über die verheeren-



Prozess-Beobachterin Nina Hagen

den Folgen des Präparates existieren nicht. Auch deshalb klagen die Betroffenen nun auf Einsicht in die Akten des BAYER-Konzerns, der SCHERING im Jahr 2006 übernommen hat. Wie aufschlussreich das sein kann, demonstrierte jüngst der Spiegel. Das Nachrichtenmagazin veröffentlichte einen Briefwechsel von SCHERING-WissenschaftlerInnen aus den Jahren 1967 bis 1969, in denen sich die britischen und deutsche ForscherInnen über schwere Missbildungen bei Neugeborenen und mögliche Risiken von DUOGYNON austauschten. Während das Medikament daraufhin in Großbritannien nicht mehr als Schwangerschaftstest zum Einsatz kam, blieb in Deutschland alles beim Alten.

**Spenden für Prozess**

Als Konsequenz aus dem Fall fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFÄHREN (CBG) gesetzliche Regelungen, die eine Verjährung bei dauerhaften Schädigungen durch Medikamente generell ausschließen.

Die CBG hatte die DUOGYNON-Kampagne vor zwei Jahren ins Rollen gebracht, unter anderem durch die Einladung von zwei Geschädigten zur BAYER-Hauptversammlung. Zuvor war es um das Präparat fast 30 Jahre lang still: Nachdem die Ansprüche gerichtlich abgewiesen worden waren – ebenfalls in Berlin – fehlte den betroffenen Eltern die Kraft, weiter zu kämpfen. Eine Generation später fordern

**ROTE HILFE** e.V.  
www.rote-hilfe.de \* bundesvorstand@rote-hilfe.de

wenn Repression dann Solidarität!

Repression kostet Nerven  
Strafverfahren kosten Geld!

Spendenkonto:  
Rote Hilfe e.V.  
Konto-Nr: 19 11 00 - 462,  
BLZ: 440 100 46, Postbank Dortmund  
IBAN: DE75 4401 0046 0191 1004 62  
BIC: PBNKDEFF  
Stichwort: „Castor“

Rote Hilfe organisieren  
Mitglied werden!

Mehr als  
**30.000**  
Zugriffe  
in der  
Woche.

**CBG**

www.CBGnetwork.org

die Geschädigten nun selbst Aufklärung. Um ihr Anliegen zu unterstützen, informierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN die Öffentlichkeit, was zu zahlreichen Reportagen führte: *Spiegel*, *stern*, *Süddeutsche Zeitung*, *heute journal*, *Tagesthemen* und viele andere Medien berichteten. Auch übernahm die CBG einen Teil der Anwaltskosten. Andre Sommer bedankt sich für die Solidarität: „Die Coordination hat uns DUOGYNON-Opfer von Anfang an maßgeblich unterstützt. Bitte helfen Sie mit einer Spende an das Netzwerk, damit diese wertvolle Arbeit fortgeführt werden kann!“. Unterstützung erhalten die Geschädigten auch von Nina Hagen: Im Gespräch mit *Stichwort BAYER* kritisiert die Sängerin: „Ich bin entsetzt über die Ignoranz und Dreistigkeit der verantwortlichen Konzerne gegenüber den leidgeprüften DUOGYNON-Opfern und ihren Eltern! Ich hoffe sehr, dass die deutsche Gerichtsbarkeit letztlich gerecht urteilen wird und dass die Opfer endlich eine Entschuldigung und gerechte Entschädigung bekommen!“. Hagen kündigte an, auch an künftigen Prozessen teilzunehmen.

Das TV-Magazin *Klartext* führte zum DUOGYNON-Prozess ein Interview mit einem BAYER-Sprecher, der alles andere als *Klartext* sprach. *SWB* dokumentiert.

Oliver Renner, BAYER SCHE-RING PHARMA: „Für die Akteneinsichtnahme hat der Gesetzgeber ja ein Verfahren vorgesehen und genau daran halten wir uns selbstverständlich“.

*Klartext*: „Das ist Ihr juristischer Anspruch zu sagen: ‚Das ist verjährt, deswegen machen wir es nicht‘. Aber man kann doch auch sagen, dass es so eine Art moralischen Anspruch gibt“.

Renner: „Der Gesetzgeber - wie gesagt - hat das geregelt und genau an dieses Verfahren halten wir uns und wir warten jetzt auf die Entscheidung des Richters“.

*Klartext*: „Leisten Sie damit nicht auch noch Verschwörungstheorien Vorschub, wenn Sie sagen: ‚Nö, ist verjährt‘ und sich so sehr auf den juristischen Anspruch versteifen?“

Renner: „Der Gesetzgeber, wie gesagt, hat diesen Rechtsweg vorgegeben, an den halten wir uns und wir warten auf die Entscheidung des Richters“.

*Klartext*: „Also, gibt es da keinen Spielraum eventuell schon allein aus Imagegründen zu sagen: ‚Ok, guckt in die Akten rein, da ist nichts dran““.

Renner: „Der Gesetzgeber hat dieses Verfahren vorgesehen, an das wir uns selbstverständlich halten, und der Richter wird das entscheiden und wir warten auf seine Entscheidung“.

Einzelheft 9,50 €  
Im Abo 6,15/4,70 €

**3'11**



**Blätter für  
deutsche und  
internationale  
Politik**

**Diktatordämmerung  
in Arabien**  
Mohammed Bamyeh,  
Cilja Harders, Jens Heibach,  
Rami G. Khouri, Werner Ruf

**Ein neues Wir  
Der Islam und Europa**  
Tariq Ramadan, Dan Diner  
und Gudrun Krämer

**Die Feigheit der Frauen**  
Bascha Mika

**Merkels Pakt, des Euros Pleite**  
Heiner Flassbeck

**Hartz IV: Armes Deutschland**  
Ulrich Schneider

**Solidarität? Nein Danke!**  
Albrecht von Lucke

**Stuttgart 21:  
Der technokratische Staat**  
Jens Hacke

**Indien: Der Preis des Wachstums**  
Fabian Scheidler

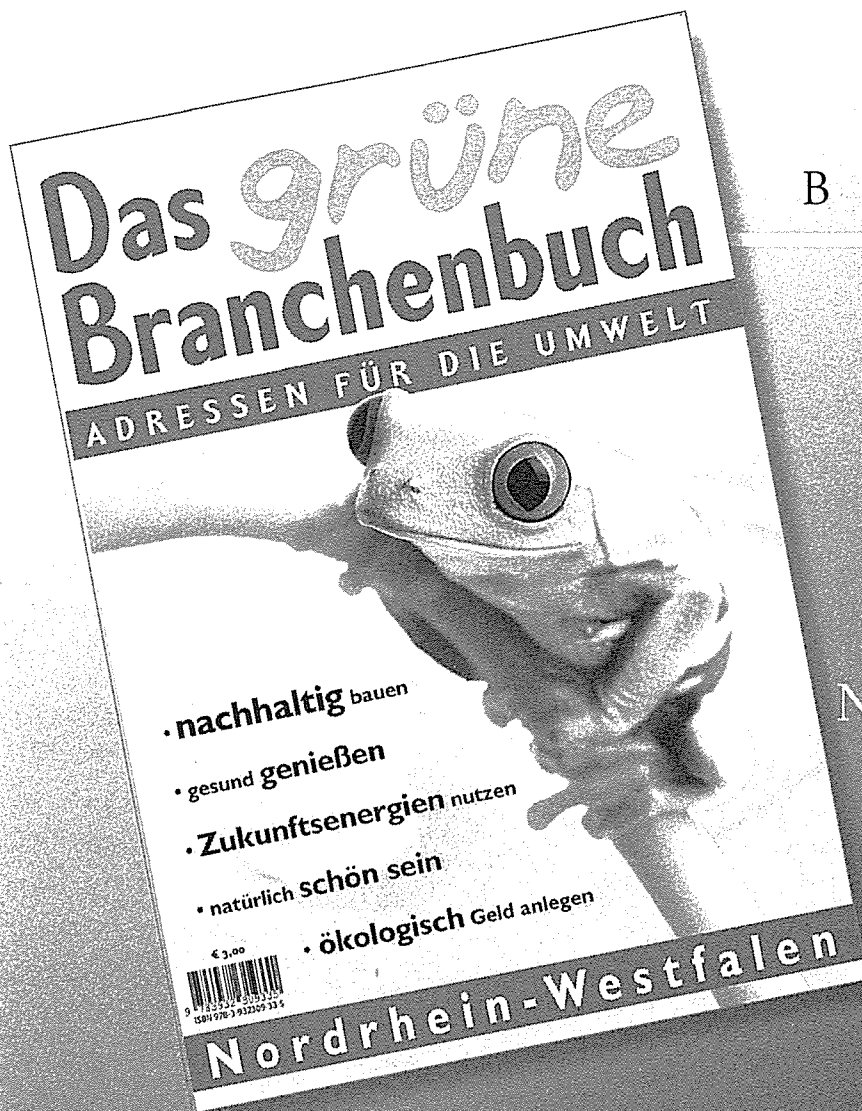


# Feige Frauen, tapfere Araber?

**Die neuen »Blätter« 3/2011  
u.a. mit Beiträgen von:**

Tariq **Ramadan** · Gudrun **Krämer**  
Dan **Diner** · Mohammed **Bamyeh**  
Cilja **Harders** · Rami G. **Khouri**  
Werner **Ruf** · Ulrich **Schneider**  
Bascha **Mika** · Heiner **Flassbeck**

**2 Monate Probeabo für 10 Euro**  
**Jetzt bestellen auf [www.blaetter.de](http://www.blaetter.de)**  
030/3088-3644 | [abo@blaetter.de](mailto:abo@blaetter.de)



## B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU**:  
Nordrhein-Westfalen  
.... dort wo es Bio-  
Produkte gibt.

Ökologisch, fair ...

144 Seiten ISBN 978-3-932309-33-5

## G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen,  
Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/Brandenburg   |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen        | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • www.gruenes-branchenbuch.de  
service@gruenes-branchenbuch.de

ES 10 0211

## EU-Handelspolitik nach BAYER-Gusto

## „Wir machen das für euch!“



Demonstration gegen die Freihandelspolitik der EU

*Die Europäische Union schließt fleißig Handelsabkommen ab. Die Verträge mit Kolumbien, Peru und Südkorea sind schon unterschrieben, ein Abschluss mit Indien steht noch in diesem Jahr an. BAYER & Co. haben die Agenda der EU bei den Verhandlungen entscheidend mitbestimmt und profitieren entsprechend von den Ergebnissen. Strengere Patent-Regime, freiere Marktzugänge, mehr Investitionsschutz, Gleichbehandlung mit inländischen Unternehmen und verbesserter Zugriff auf Rohstoffe - fast kein Wunsch blieb unerfüllt. Die ärmeren Länder hingegen müssen mit höheren Preisen für lebenswichtige Güter wie Arzneien, einer Schwächung ihres Agrar-Sektors und weiterem Ungemach rechnen.*

Von Udo Hörster

Um die ganz großen Globalisierungsvorhaben steht es nicht gut. Das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) landete Ende der 1990er Jahre auf dem Müllhaufen der Geschichte, und die Liberalisie-

rungsbestrebungen der Welthandelsorganisation: WTO im Rahmen der Doha-Runde kommen wegen der Vetos der Entwicklungsländer ebenfalls nicht voran, was in Brüssel für einigen Unmut sorgte. „Die

WTO ist eine mittelalterliche Organisation. Man kann Diskussionen zwischen 146 Mitgliedsstaaten nicht so strukturieren und steuern, dass sie zum Konsens führen“, klagte der damalige EU-Handels-



kommissar Pascal Lamy 2003 nach der ergebnislosen Minister-Konferenz von Cancún. Als Konsequenz daraus treibt die Europäische Union nun bilaterale Handelsabkommen mit einzelnen Nationen oder Staatengruppen voran. Mit Kolumbien, Peru, Südkorea und dem zentralamerikanischen Bund, dem Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama angehören, hat sie bereits Verträge abgeschlossen - nur das EU-Parlament muss noch seine Zustimmung geben. Verhandlungen mit Singapur, Kanada, der Ukraine und den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay laufen zurzeit. Mit den 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten, die sich zu dem Verband AKP zusammengeschlossen haben, kam es hingegen nicht zu der Unterzeichnung eines Dokuments, weshalb die EU jetzt Einzelgespräche führt und sich mit zahlreichen Nationen bereits auf Abkommen geeinigt hat.

Die USA, China und andere mächtige Staaten handeln ähnlich. Die Globalisierung unter dem Diktat des Neoliberalismus schreitet also weiterhin unaufhörlich voran, nur fehlen ihr die erkennbaren Wegmarken und zentralen Projekte wie einst das MAI. Darum spielen sich die Geschehnisse oftmals unter der Wahrnehmungsschwelle ab und reizen nicht mehr zu großen Gegenmobilisierungen. Dabei wären diese nötiger denn je, da die bilateralen Verträge oftmals sogar noch über die WTO-Liberalisierungen hinausgehen. Diskussionen mit Einzelstaaten und kleineren Allianzen kann man eben leichter „so strukturieren und steuern, dass sie um Konsens führen“ - „Teile und herrsche“ heißt die Erfolgsformel.

### EU als Sprachrohr

„Gewährleisten, dass wettbewerbsfähige europäische Unternehmen (...) Zugang zu den Weltmärkten erhalten und auf ihnen sicher operieren können, das ist unsere Agenda“, so umschrieb 2006 der damalige EU-Handelskommissar Peter Mandelson die „Global Europe“-Strategie. Das mündete in Verhandlungsziele wie Absenkung von Zollgrenzen, strenger Patentschutz, verbesserter Zugriff auf Rohstoffe, Gleichbehandlung von in- und ausländischen Unternehmen und mehr Investitionsschutz. BAYER & Co. haben nicht nur an der Erstellung dieser Liste einen maßgeblichen Anteil gehabt, sie bestimmten die ganze neue Außenhandelspolitik Brüssels mit. UNICE, der EU-Lobbyverband der Multis, drängte die Union nach dem Ab-



Sitz der EU-Kommission in Brüssel

bruch der Cancún-Gespräche, einen Beschluss von 1999 zu verändern und sich bilateralen Handelsabkommen nicht länger zu verschließen. Und die Nachfolgeorganisation BusinessEurope mahnte ein ausgearbeitetes Programm an, das die Kommission mit „Global Europe - competing in the World“ schließlich auch vorlegte.

Die Mitwirkung der Konzerne bei der praktischen Umsetzung war dann nur noch Formsache. So fanden etwa vor Beginn der Verhandlungen mit Indien regelmäßig Treffen zwischen der „Generaldirektion Handel“ und BusinessEurope sowie den Branchenverbänden der Chemie- und Pharma-Industrie statt. Die Direktion schickte der Organisation sogar einen Fragebogen zu, um auch ja alle Wünsche der Multis zu berücksichtigen. Zudem erhielten die Global Player Zugang zu ihren Indien-Dokumenten. Eine „Politik der offenen Tür“ nannte das der damalige Direktionschef David O' Sullivan. Ganz weit offen hielt die Tür dabei der Handelsdirektor Thomas Heynisch, was nicht weiter verwundert, denn er stand früher in Diensten des vom Leverkusener Multi gegründeten „Verbandes der Forschenden Arzneimittel-Hersteller“. Aber auch die Europäische Kommission selber zeigte sich ehrerbietig. „Wir machen das für euch“, versicherte Peter Mandelson den Unternehmen, weshalb die „European Business Group“ frohlockte: „Wir können die Kommission als unser Sprachrohr benutzen“.

### BAYER profitiert

In dieser Funktion hat die Kommission BAYER viele Dienste erwiesen. So darf sich die Pharma-Sparte über Patent-Regelungen in den Abkommen freuen, die weit über die 1994 im Rahmen der Welt handelsrunde in Uruguay beschlossenen Trips-Vereinbarungen hinausgehen. Galt in diesen Verträgen ein 20-jähriger Schutz des geistigen Eigentums, so können die Pillen-Riesen nun in Peru und Kolumbien bedeutend länger Monopol-Profiten einstreichen. Die Bearbeitungsdauer der Zulassungsanträge für die Arzneien müssen die beiden Länder nämlich jetzt noch draufrechnen. Auch Zugang zu den Test-Daten der Pillen dürfen sie erst nach fünf Jahren gewähren, weshalb sich die Produktion von Nachahmer-Präparaten verzögert, denn die meisten Generika-Firmen haben nicht das Geld für eigene Klinische Prüfungen. Zudem haben die südamerikanischen Staaten sich verpflichtet, Patent-Verstöße strenger zu verfolgen und zu bestrafen. BAYER & Co. steht es jetzt frei, die Behörden schon bei einem bloßen Ver-

**Mehr als 30.000 Zugriffe in der Woche.**

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



BAYERs Indien-Hauptsitz

dacht zu einer Beschlagnahme von angeblich widerrechtlich produzierten Arzneien zu veranlassen. Selbst wenn die Medikamente Peru oder Kolumbien nur als Durchgangsstation nutzen und weder im Herkunfts- noch im Bestimmungsland einem Patentschutz unterliegen, hat der Zoll das Recht zuzuschlagen. Innerhalb ihrer eigenen Grenzen praktiziert das die EU schon lange und macht dabei eine reiche Beute. Und zu allem Übel gelten diese Regeln nicht nur für Pillen, sondern in ähnlicher Form auch für Pestizide und Saatgut und finden sich in allen bisher unterzeichneten Freihandelsabkommen wieder.

Bessere Geschäfte mit diesen Gütern garantieren die vereinbarten Senkungen der Einfuhrzölle. Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ und der europäische Chemie-Verband CEFIC hatten zwar eine Null-Lösung gefordert, aber die Reduzierung der Tarife um durchschnittlich 80 Prozent dürfte auch für bedeutend mehr Absatz sorgen. Das „Handelshemmnis“ Ausfuhrsteuern tragen die Vereinbarungen ebenfalls ein gutes Stück weit ab, was BAYER & Co. ermöglicht, billiger an Rohstoffe heranzukommen. Sogar ein bisschen MAI ist mit den Vertragsabschlüssen gekommen; der Investitionsschutz wird nur nicht mehr auf multinationaler Ebene, sondern bloß noch auf der bilateralen gewährt. Aber der Effekt ist derselbe: Die Verträge gewähren den Multis eine Gleichbehandlung mit einheimischen Unternehmen und ermöglichen einen ungehemmten Kapitalfluss sowie einen regen Handel zwischen Mutter- und Tochterunternehmen.

**Ein schlechter Deal**


Entsprechend negative Auswirkungen haben die Freihandelsabkommen auf die ärmeren Nationen. Allein unter den EU-Staaten, haben sie nicht mehr die Ver-

handlungsmacht, die sie zum Leidwesen Pascal Lamys noch in den Welthandelsrunden besaßen. Was dort dank des Drucks der Entwicklungsländer von der Agenda verschwand - die so genannten Singapur-Themen Investitions- und Wettbewerbsregeln, öffentliche Auftragsvergabe sowie Handelserleichterungen - kam bilateral sofort wieder aufs Tapet und, im Sinne von BAYER & Co. ausgestaltet, auch in die Verträge. Deshalb konnte der jetzige EU-Handelskommissar Karel de Gucht nach der Einigung mit Kolumbien und Peru jubilierten, die Ergebnisse würden in Sachen „Marktzugang“ und „Handelsregeln“ die WTO-Bestimmungen weit in den Schatten stellen.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern profitiert nur eine Gruppe wirtschaftlicher Akteure von den Abschlüssen: die einheimischen Multis. Wie schon bei den Verhandlungen auf multilateraler Ebene gibt auch bei den Verhandlungen auf bilateraler Ebene die „Internationale des Kapitals“ den Takt vor. So steht Business Europe derzeit ‚an Seit‘ mit der „Confederation of Indian Industry“ (CII), um das Freihandelsabkommen mit Indien im Sinne von Big Business zu gestalten.

*Konzern-Willkür beenden!*

**Kämpfen Sie mit uns für eine lebenswerte Zukunft!**



**Bestellen Sie zusätzliche Freiverkaufs-Exemplare.**

Helfen Sie bei der Verbreitung von STICHWORT BAYER.  
Je mehr Menschen informiert werden,  
desto wirksamer die öffentliche Kontrolle.

1978 - 2008  
**30 Jahre CBG**  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)  
Coordination gegen BAYER-Gefahren

*Wir zeigen, was dahinter steckt!*

**Ja, ich habe bereits abonniert und bestelle zusätzlich**

Bitte Absender angeben und Lastschrift zur Abbuchung der Zusatzbeträge ausfüllen. Danke.

Name, Vorname	Geburtsjahr
Straße, Hausnr.	PLZ, Ort
Geldinstitut	Bankleitzahl
Konto-Nr.	Datum/Unterschrift

**Zusatzexemplare**

je Ausgabe zum Vorzugspreis von nur 1,50 je Heft (regulärer Verkaufspreis 8,00 Euro)

**Coupon bitte zurücksenden an**  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fax 02 11 - 33 39 40, [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)

[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

Der Großteil der Bevölkerung hat hingegen das Nachsehen. Besonders gravierend wirken sich die Handelsvereinbarungen auf die Gesundheitsversorgung aus, denn die verschärften Patentregeln verteuern Medikamente drastisch. Hätte die EU all ihre Forderungen gegenüber Peru durchgesetzt, so hätte das die Arzneimittel-Aufwendungen in dem Land um 459 Millionen Dollar erhöht, wie die Initiative HEALTH ACTION INTERNATIONAL ausgerechnet hat. Aber selbst der erreichte Kompromiss dürfte den Andenstaat hunderte Millionen Dollar kosten. Das bevölkerungsreiche Indien wird mit dieser Summe nicht auskommen. Patent-Bestimmungen wie in Peru und Kolumbien hätten aber nicht nur schlimme Folgen für die einheimische Bevölkerung, sondern für alle Länder des Südens. Indien ist nämlich die „Apotheke der dritten Welt“; die in dem Staat produzierten Nachahmer-Präparate gehen in den ganzen Trikont. Allein **ÄRZTE OHNE GRENZEN** bezieht 80 Prozent seiner Aids-Medikamente preiswert aus dem südasiatischen Staat und versorgt damit 160.000 Patienten. Darum warnt die Organisation: „Das Abkommen würde dazu führen, dass wichtige Nachahmer-Medikamente in Indien nicht mehr hergestellt werden dürfen“. BAYER hingegen reizen solche Aussichten. Der Leverkusener Multi gründete mit dem Pillen-Produzenten ZYDUS CADILA aus Ahmedabad im Januar 2011 ein Gemeinschaftsunternehmen. „Indien wird ganz sicher einer unserer stärksten Märkte in Asien werden“, frohlockte BAYER-Vorstand Wolfgang Plischke.

Die Verträge schreiben auch in anderen Bereichen einen strengeren Patentschutz fest. Das von BAYER & Co. reklamierte geistige Eigentum auf Saatgut nimmt den LandwirtInnen das Recht, einen Teil ihrer



EU-Handelskommissar Karel de Gucht

Erträge aufzusparen und für eine Wiederaussaat zu verwenden. Für diese seit Generationen übliche Praxis können die Multis nun eine Lizenzgebühr verlangen. Bolivien hatte sich entschieden gegen diesen Punkt gewehrt. „Das Leben ist etwas Heiliges, was nicht mit der Europäischen Union verhandelt werden kann“, erklärte Präsident Evo Morales und forderte, die Interessen transnationaler Unternehmen nicht länger über die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Umwelt zu stellen. Deshalb befand der damalige bundesdeutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Morales „störe“ den Verhandlungsprozess und war froh, ihn schließlich nicht mehr dabei zu haben. Die indischen FarmerInnen teilen dagegen den Stand-

punkt des bolivianischen Staatsoberhauptes. „Die Patent-Forderungen der EU werden das fundamentale Recht der Landwirte beschneiden, Saatgut zu sammeln und zu tauschen und damit zu einem Verlust von Pflanzen-Arten und traditionellem agrikulterellen Wissen beitragen“, kritisierte ihr Koordinationskomitee in einem Offenen Brief an den indischen Premierminister Manmohan Singh.

Die Patent-Ansprüche auf Pestizide stärken die Freihandelsabkommen ebenfalls. Wie die Test-Daten von Arzneien belegen sie auch diejenigen von Ackergiften mit einer Sperrfrist, was die Produktion von billigeren Nachahmer-Präparaten erschwert. Die indische Regierung zeigte sich schon im Vorfeld entgegenkommend

## GELD FAIR SCHENKEN

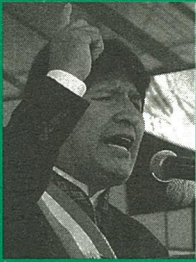
Im Leben kriegt man nichts geschenkt. Es sei denn, man betreibt Atomkraftwerke oder ist Großspekulant im Finanzgeschäft. Die Leidtragenden von Klimawandel und Globalisierung aber haben keine Lobby. Denen fühlen wir uns verbunden. Wir bieten an, Teile Ihrer Zinserträge drei konkreten Förderprojekten zu stiften. Bewirken Sie viel, mit ein wenig Fairzucht. Mehr unter 036691 - 862345

www  EthikBank.de

Faires Geld



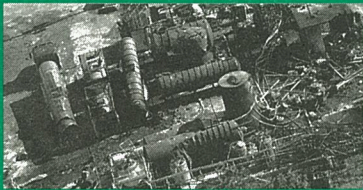
**Promis gegen Profit**



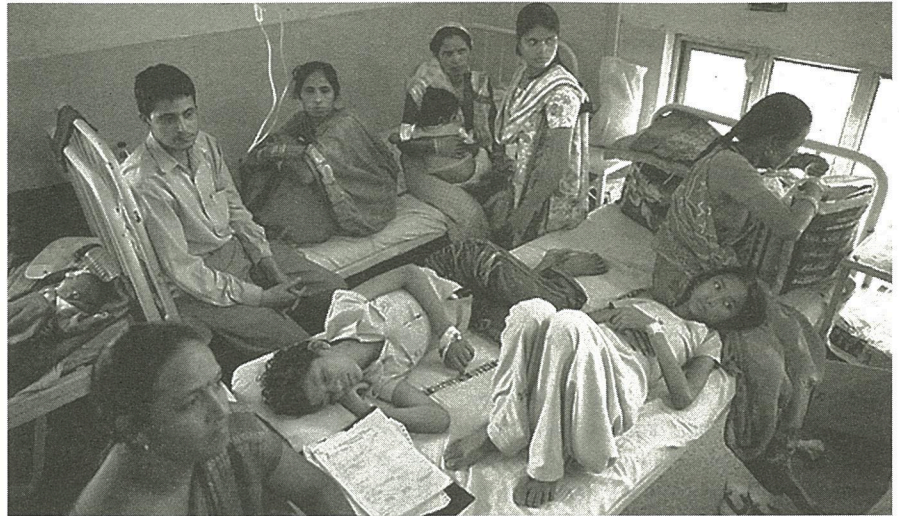
„Wir müssen jene Praxis überwinden, wonach die Interessen transnationaler Unternehmen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Umwelt übergeordnet werden“

*Evo Morales, Präsident von Bolivien*

**CBG bei der Arbeit**



Anfang des Jahres konnte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) mal die Früchte ihrer Arbeit ernten: Am 11. Januar 2011 gab der Leverkusener Multi bekannt, am US-Standort Institute die Produktion und Lagerung des Bhopal-Stoffes Methyl Isocyanat (MIC) und des Giftgases Phosgen binnen der nächsten 18 Monate einstellen zu wollen. Ein entsprechende Forderung hatte die CBG nicht nur auf den BAYER-Hauptversammlungen immer wieder erhoben. Noch kurz vor der schrecklichen Explosion im August 2008, bei der zwei Arbeiter ihr Leben verloren, hatte die Coordination vor den Sicherheitsrisiken der Anlage gewarnt. Als „unbegründet“ wies das Unternehmen das zurück. Es musste erst der Ernstfall eintreten, um den Global Player zur Vernunft zu bringen. Und eine Klage nachhelfen. Die vor Ort tätige Initiative PEOPLE CONCERNED ABOUT MIC (PCMIC) rief die Gerichte an, um einen sofortigen MIC-Herstellungsstopp zu erreichen. Ab 25. Februar 2011 erhielten sie vorläufig Recht, und drei Wochen später verkündete BAYER das entgeltliche Ende von MIC.



Indische PatientInnen müssen mit höheren Arzneikosten rechnen

und bereitete eine 3-Jahres-Regel vor, aber das reichte der „European Crop Protection Agency“ (ECPA) nicht. Die Brüsseler Lobby-Organisation von BAYER & Co. lehnte die 2008 ins Parlament eingebrachte „Pesticides Management Bill“ des Parlamentes ab und drängt nun im Zuge der Vertragsverhandlungen auf längere Verschluss-Zeiten. Sollte die ECPA sich durchsetzen, so müssen die LandwirtInnen länger die von BAYER & Co. diktierten Monopol-Preise für neu entwickelte Agro-Chemikalien zahlen.

**Bauernsterben**

Die FarmerInnen zählen ganz generell zu den Hauptleidtragenden der Abkommen. Die massiven Absenkungen der Zoll-Tarife erlauben es der EU, die Märkte der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Milch, Fleisch, Früchten und anderen hoch subventionierten Agrar-Produkten zu überschwemmen, was in den Ländern des Südens die Existenz besonders der kleinen Betriebe gefährdet und den Trend zu einer industriellen Landwirtschaft forciert. „Wir lehnen die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens ab, da es schädliche Auswirkungen auf die bäuerlichen Gemeinschaften, Indiens Agrar-Produktion und daraus folgend auf die Ernährungssouveränität und die Souveränität Indiens im Ganzen hat“, heißt es deshalb in dem Protestbrief der Bauern und Bäuerinnen an Premier Singh.

Sein peruanischer Amtskollege Alan García hat sich von solchen Protesten nicht erweichen lassen. Er titulierte die Kleinbauern und -bäuerinnen als Fortschrittsfeinde und machte sich gleich nach der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit den USA daran, ihre Rechte zu beschneiden. Unter Umgehung des Parla-

mentes erleichterte er per Dekret die Möglichkeit von Enteignungen und Umwidmungen von Regenwald-Flächen in Äcker, um Investoren, die Bergbau betreiben, Rohstoffe gewinnen oder Agrosprit-Plantagen anlegen wollen, freie Hand zu geben. Die indigenen Gruppen reagierten darauf mit massiven Protesten, welchen die Regierung gewaltsam niederschlug. Im Juni 2009 tötete die Polizei bei der Auflösung einer Straßenblockade dutzende Menschen und verletzte 200. Immerhin zog García anschließend zwei der so genannten Dschungelgesetze zurück.

Der Kontrakt mit der EU erweitert jetzt den Kreis der Interessenten an Perus Bodenschätzen und Biosprit-Äckern noch einmal, was die Lage der LandwirtInnen in den entsprechenden Gebieten weiter verschlechtern dürfte. Im Nachbarland Kolumbien kann es eigentlich nicht mehr viel schlimmer kommen. Nichtsdestotrotz befürchten Menschenrechtsgruppen durch die Vereinbarungen mit der EU aber eine neuerliche Zunahme der Vertreibungen, die seit 1985 4,6 Millionen Menschen ihr Land kosteten, weil das Abkommen die Rechtsposition von Öl-Firmen, Agro-Baronen und Minengesellschaften stärkt. Andere Wirtschaftszweige haben gleichfalls unter den Agreements zu leiden. So sorgte der Fall der Zollgrenzen nach dem

**Mehr als 80.000 Zugriffe in der Woche.**

**www.CBGnetwork.org**

Assoziierungsabkommen mit der EU in Tunesien für einen drastischen Anstieg der Waren-Importe, dem die landeseigene Ökonomie nichts entgegenzusetzen hatte. „Es dürften in den letzten fünf Jahren um die dreißig Prozent der kleinen Betriebe eingegangen sein“, schätzt der Nordafrika-Experte Dr. Werner Ruf. Ähnliches steht Indien bevor. Wenn die Verträge beispielsweise großen Lebensmittelketten wie METRO, CARREFOUR und TESCO eine Geschäftslizenz ausstellen, wird der kleinteilige einheimische Einzelhandel dagegen kaum bestehen können.

### Bilateral statt regional

Zudem schwächen die Freihandelsabkommen die regionale Integration und damit eine gemeinsame Entwicklung der armen Länder. Die Europäische Union, selbst eine supranationale Organisation, schreckt nämlich nicht einmal davor zurück, andere Bündle aufzuspalten, um zu Vertragsabschlüssen zu kommen. Als die Verhandlungen mit den 78 AKP-Staaten stockten, ging Brüssel nach der Devise „Going with the willing“ vor und erzielte so vorläufige oder endgültige Übereinkünfte mit Botswana, Mosambik, Kenia, Ruanda, Papua-Neuguinea und über 30 weiteren Ländern.

In Folge der Abmachungen verlagert sich der Warenverkehr mehr und mehr auf die Nord/Süd-Achse, zwischen den AKP-Staaten selber finden weniger Geschäfte statt, da es ihnen bestimmte Klauseln erschweren, untereinander Handelsvereinbarungen zu treffen. Zudem dürfen die Länder sich gegenseitig nur noch beschränkt Vergünstigungen gewähren, es sei denn, sie räumen der EU dieselben Vorteile ein. Nach dem Motto „Du sollst keinen Handelspartner haben neben mir“ macht Brüssel zudem der regionalen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas, der Nigeria, Senegal und 13 weitere westafrikanische Staaten angehören, das Leben schwer. In den derzeit laufenden Verhandlungen mit einzelnen Mitgliedern verlangt Brüssel nämlich, die an den Grenzen erhobene Gemeinschaftsabgabe abzuschaffen, die der Finanzierung der Union dient. Auch die Andengemeinschaft CAN überstand die Freihandelsabkommen nicht unbeschadet. Hatte die CAN der Vertrag Kolumbiens mit den USA schon die Mitgliedschaft Venezuelas gekostet, so kam es im Laufe der Verhandlungen mit der EU nochmals zu einem Zerwürfnis. Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien vermochten sich nicht auf ein gemeinsames Vorgehen ge-

genüber der Europäischen Union zu einigen, weshalb schließlich nur Kolumbien und Peru das Abschluss-Papier unterzeichneten. Agrar-Produkte aus Frankreich, Italien und Deutschland sowie andere Waren finden nun leichter den Weg in diese Länder und diejenigen der Nachbarn umso schwerer, was denen Wirtschaftskraft entzieht. Schon die Handelsvereinbarungen Kolumbiens und Perus mit den Vereinigten Staaten haben die Soja-Exporte Boliviens in die beiden CAN-Staaten empfindlich einbrechen lassen, und durch die Handelsregelungen mit der EU sind nun weitere Verluste zu erwarten.

### Zwang statt Dialog

Die Umsetzung der „Teile und herrsche“-Strategie erfolgt ohne Rücksicht auf Verluste. Die Europäische Union erpresst die Unterschriften durch die Drohung, ansonsten Kürzungen bei der Entwicklungshilfe vorzunehmen. Auch die Ankündigung, unbotmäßiges Verhalten mit dem Entzug des Entwicklungsländern gewährten privilegierten Marktzugangs zu bestrafen, dient als Zwangsmittel. Nigerias Weigerung,

ein „Economic partnership agreement“ (EPA) zu unterzeichnen, beantwortete Brüssel umgehend mit der Erhebung von Zöllen auf Exporte aus dem Land. Offizielle Begründung: Die Sonderbehandlung widerspricht den WTO-Bestimmungen. Allein die Kakao-Produzenten kostet das jährlich Millionen Euro. Die Ausfuhrsteuern möchte die Union ebenfalls wegverhandeln - ganz wie von BusinessEurope gefordert. „Die EU sollte in Betracht ziehen, die Marktzugangspräferenzen für ein Produkt auszusetzen, wenn ein Land, das Teil der Wertschöpfungskette für dieses Produkt ist, zu marktverzerrenden Maßnahmen greift wie beispielsweise Ausfuhr-Beschränkungen für Rohstoffe“, schreiben BAYER & Co. in ihrer Stellungnahme zu dem Präferenzsystem.

### No politics please

Sang- und klanglos verhallte die Bitte des AKP-Handelsbeauftragten Paul Bundukulatha an die EU-Delegierten, „ein wenig Flexibilität und Humanität“ zu zeigen. Der Appell der Afrikanischen Union, in den EPAs eine entwicklungspolitische Per-

**Waterkant**  
UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION WWW.WATERKANT.INFO

ISSN 1611-1583

Vier Ausgaben pro Jahr  
Erscheint seit 1986

**Meeresumwelt- und Naturschutz  
Schiffahrt und Häfen  
Küstenregion und Flüsse  
Ressourcen und Arbeit**

Wie - die gibt's noch?

KLAR, die haben doch gerade ihre 100. Ausgabe zu Papier gebracht.

WATERKANT!

Herausgeber: Förderkreis WATERKANT e. V.  
Kostenloses Ansichtsexemplar und Abonnement:  
abo@waterkant.info oder www.waterkant.info oder  
Aboverwaltung WATERKANT, Kirchringstraße 2 / 12, 26736 Krummhörn

## Au weia, BAYER



Der Leverkusener Multi hatte vor, sein altes Verwaltungshochhaus mittels 5,6 Millionen Leuchtdioden zur weltgrößten Medienskulptur umzurüsten. Seit 2007 wurde gewerkelt, aber „es ward Licht“ wollte es partout nicht heißen. „Spannungsspitzen“ ließen die Dioden reihenweise durchbrennen. Auf Ersatz aus dem fernen Japan musste BAYER drei Monate lang warten - doch auch die neuen Dioden hielten der Belastung des rauen rheinischen Klimas nicht stand. Nun sieht es endgültig mau aus mit der Kunst am Bau. Ende Januar 2011 gab der Konzern den Abriss des 122 Meter hohen Gebäudes bekannt. Die Dioden wandern als Elektroschrott auf den Müll bzw. zur nahe gelegenen Deponie des Konzerns. Zur Freude des Klimas, denn die Lichtkunst hätte täglich 1.800 Kilowattstunden Strom gefressen. Auch die Gefahren für Zugvögel sind damit abgewendet. Welche Summen das Projekt verschlungen hat, verrät der Pharma-Riese nicht. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN indes begrüßt den Abriss: Jeden Tag ein bisschen weniger Konzern-Propaganda!



Der europäische Chemieverband CEFIC in Brüssel

spektive zu verankern, blieb ebenfalls unerhört. Und an die Millenniumsziele der UN wie die Reduzierung der Armut wollte die Europäische Union schon gar nicht erinnert werden. Sie hielt sich streng an die Vorgabe von EuroCommerce: „Die Handelspolitik sollte nicht mit Sozial- und Umweltstandards vermischt werden“. Das Kapitel über nachhaltige Entwicklung in den Entwürfen zum Freihandelsabkommen mit Indien betrachtet die Kommission deshalb nur als Formalität - „nötig, um das EU-Parlament zu beruhigen“.

Auch politische Standards werden nicht mit der Handelspolitik vermischt. So erklärte Entwicklungshilfe-Minister Dirk Niebel in einem Interview: „Mit Kolumbiern sollten wir ideologiefreier umgehen“. Trotz anhaltender Vertreibung und Morden an GewerkschaftlerInnen und MenschenrechtlerInnen - allein zwischen Juli und Oktober 2010 fanden 30 AktivistInnen den Tod - meint der FDP-Politiker nämlich, in dem Land hätte sich so einiges getan. Die Art und Weise, wie der Anden-Staat das Freihandelsabkommen mit der EU politisch durchdrückte, scheint Niebel dabei ebenfalls zu übersehen. Um lästige Kritik aus dem Ausland an den Menschenrechtsverletzungen auszuschalten, setzte das Land seinen Sicherheitsdienst DAS unter anderem auf den Menschenrechtsausschuss des EU-Parlaments, HUMAN RIGHTS WATCH und OXFAM an. Im Rahmen der „Operation Europa“ stahlen die AgentInnen Festplatten, setzen die Angehörigen von AktivistInnen mit Drohanrufen unter Druck und brachten Falschmeldungen über Kontakte der MenschenrechtlerInnen mit der FARC-Guerilla in Umlauf.

Immerhin nahm die kolumbianische Regierung diese und andere schmutzige Undercover-Aktionen zum Anlass, den DAS aufzulösen und Untersuchungen anzusetzen. So stieß der Staatsanwalt dann auch auf ein Dokument mit einem Amtshilfe-Ersuchen, das an den Bundesnachrichtendienst gerichtet war. Die GeheimdienstlerInnen erbaten darin Auskünfte über Reise-Bewegungen von politisch missliebigen Personen. Ob der BND sich kooperativ zeigte, darüber liegen der Bundesregierung aber leider „keine Erkenntnisse“ vor. Auf eine kleine Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Christian Ströbele antwortete Cornelia Pieper, FDP-Staatsministerin im Auswärtigen Amt: „Zwischen dem Bundesnachrichtendienst und dem DAS bestehen seit den späten 80er-Jahren Kontakte. Diese haben aber keinerlei Bezug zu den in der Anfrage thematisierten Aktivitäten“.

Ein besonderes Interesse am Erkenntnisgewinn über die „Operation Europa“ hat auch die EU-Kommission nicht. Sie lehnte einen Antrag des Parlaments ab, die Machenschaften des kolumbianischen Sicherheitsdienstes genauer zu erforschen, um das Freihandelsabkommen nicht zu gefährden. Die Europäische Union interessiert nämlich nur eines: „Neue Instrumente suchen, um ökonomisch zu wachsen“, wie es Marianne Gumaelius von der „Generaldirektion Handel“ ausdrückte. Und dafür macht sie in ihrer Handelspolitik BAYER & Co. den Weg frei, nicht nur in Kolumbien und Peru, sondern auch in Zentralamerika, Indien, Südkorea und auf dem afrikanischen Kontinent - koste es, was es wolle.

Mehr als  
**80.000**  
Zugriffe  
in der  
Woche.



[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)



SIND  
PLANET B

## VERÄNDERUNG BLEIBT

 die tageszeitung

AB SOFORT KÖNNEN SIE DIE GEDRUCKTE TAZ FÜNF WOCHEN LANG FÜR  
NUR 10 EURO PROBEWEISE ABONNIEREN. DAS EPAPER DER TAZ ERHALTEN  
SIE EINEN MONAT LANG FÜR 10 EURO IM DIGITALEN ABO.

[www.taz.de/abo](http://www.taz.de/abo) | [abo@taz.de](mailto:abo@taz.de) | T (0 30) 25 90 25 90



**Es ist mir ein Herzensanliegen, die  
Coordination gegen BAYER-Gefahren  
zu unterstützen.**

**Nina Hagen**

Damit wirksamer Konzernwiderstand möglich bleibt, braucht die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) neben Spenden vor allem Fördermitglieder und GarantInnen. GarantInnen sind Fördermitglieder, die mit Jahresbeiträgen ab 500 Euro aufwärts ein finanzielles Fundament für die konzernkritische Arbeit der CBG „garantieren“. Nina Hagen wurde Garantin der CBG.

Werden auch Sie Garant/Garantin.

Gegen die Macht der Konzerne die Solidarität der Menschen / [www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

 zurücksenden an Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fax 0211 - 33 39 40, e-Mail: [info@CBGnetwork.org](mailto:info@CBGnetwork.org)

- Ja, ich werde Garant/Garantin der CBG mit einem Beitrag von ..... Euro jährlich (freiwillige Festlegung, mind. 500 Euro/Jahr) Bitte bucht den Betrag von meinem/unserem Konto in gleichen Raten ab  
 monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich
- GarantIn schaffe ich (noch) nicht, ich werde Fördermitglied mit einem Beitrag von ..... Euro pro Jahr. Bitte bucht den Betrag von meinem/unserem Konto in gleichen Raten ab  
 monatlich  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich
- Ja, ich spende ..... Euro  einmalig  monatl.  vierteljhr.  halbjhr.  jhrl.  
 Bitte bucht den Betrag von meinem/unserem Konto ab.



Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße, Hausnr.: \_\_\_\_\_ PLZ, Ort: \_\_\_\_\_ Alter: \_\_\_\_\_

Bank: \_\_\_\_\_ Konto-Nr.: \_\_\_\_\_ BLZ: \_\_\_\_\_